

ZUKUNFT

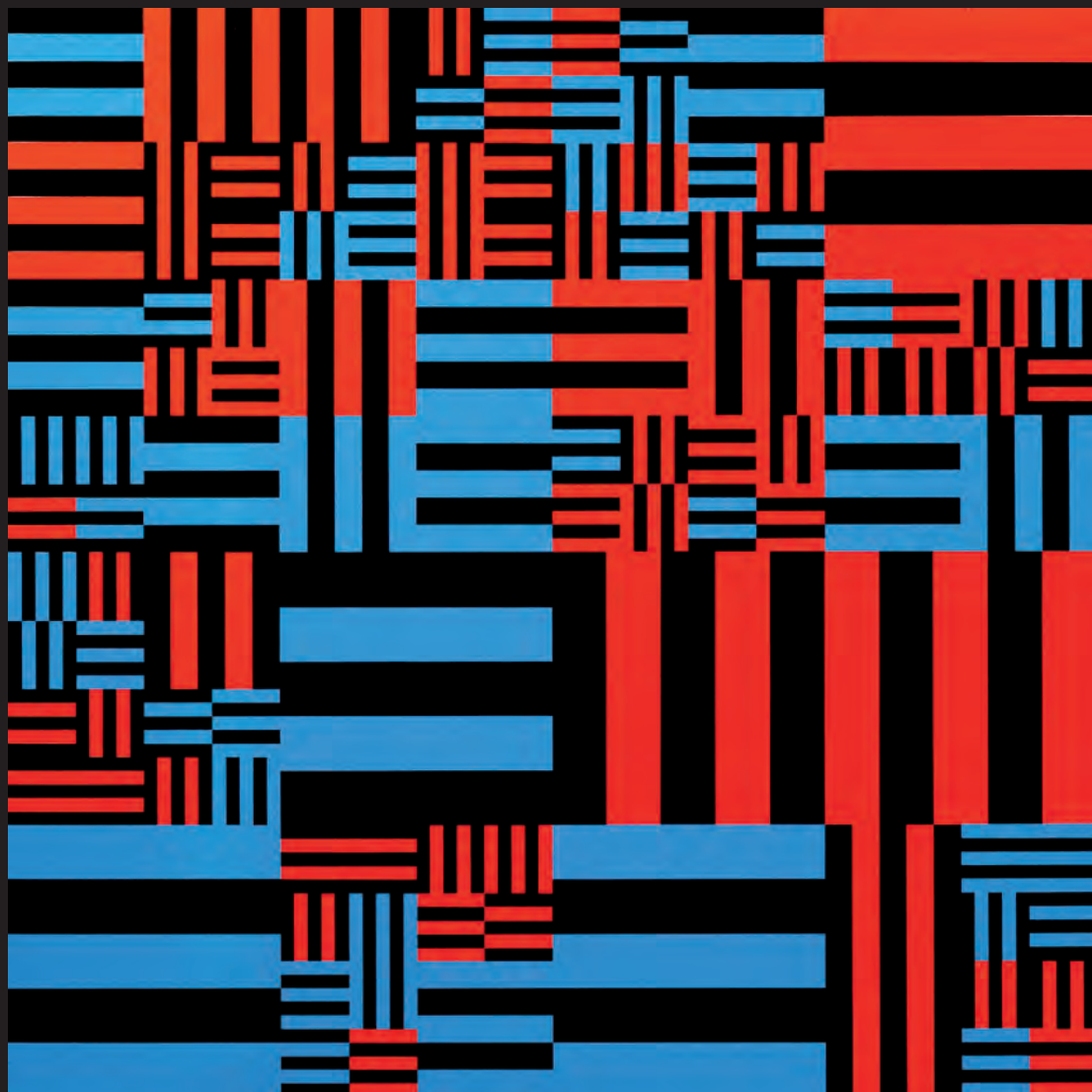
DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Welcher Fortschritt?
Barbara Blaha

**Vom Elend der
Politikverdrossenheit**
Karl Czasny

**Tunesien: Frauenrechte
müssen verteidigt werden**
Muna Duzdar

Mehr als eine »Neid-Debatte«
Wolfgang Moitzi



DIE 70ER JAHRE.

MUSA

EDITORIAL

Unter keinem guten Stern steht die »Große Koalition neu«: Die skurril anmutende Debatte über die Existenz und Nichtexistenz von Budgetlöchern diene offenkundig auch als Druckmittel der öVP, weitere Sparmaßnahmen vorzubereiten. Es bleibt zu hoffen, dass den politisch Verantwortlichen unserer Partei rechtzeitig bewusst wird, dass die Botschaft, wieder einmal »noch Schlimmeres verhindert zu haben«, nicht jener Neustart ist, den die Sozialdemokratie benötigt, um sich von ihrem historischen Ergebnistiefstadium zu erholen. In Kombination mit der nicht minder skurrilen Bezüge-Debatte Josef Caps – zu der Wolfgang Moitzi in dieser Ausgabe Stellung nimmt – erfordert dieser erlittene Vertrauensverlust nun besonderes hohes Verhandlungsgeschick auf SPÖ-Seite.

Unerwartete heftige LeserInnenreaktionen hat der Beitrag von Albrecht K. Konečný in ZUKUNFT 10/2013 ausgelöst. Sein Appell, politische Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen, gleichzeitig aber auch eine demokratische Neuorganisation der Parteistrukturen vorzunehmen hat ein durchaus geteiltes, jedenfalls sehr lebendiges Echo hervorgerufen, die in mehrere Antwortbeiträge mündeten. Diese Diskussion werden wir zweifellos auch in den kommenden Heften fortsetzen.

Auf Interesse stieß aber auch der Beitrag »Rot-Blau ante portas«, der im FALTER 46/2013 die ZUKUNFT zum »politischen Buch der Woche« avancieren ließ. Verbunden mit den auch zu diesem Thema eingegangenen LeserInnenreaktionen ergibt sich auch bei diesem Beitrag der Eindruck, dass noch weiterer Diskussionsbedarf besteht und freuen wir uns, auch zu dieser Debatte als publizistische Plattform beitragen zu können.

An der Spitze der Beiträge dieser Ausgabe steht eine **Analyse Barbara Blahas** über den Fortschrittsbegriff und seine politische Bedeutung, mit der der MOMENTUM-Kongress am 17.10.2013 eröffnet wurde.

Daran schließen vier Beiträge an, die im Kontext des bereits angesprochenen Textes von Albrecht K. Konečný in ZUKUNFT 10/2013 stehen:

Martin J Gössl skizziert **neue Wege**, die die Sozialdemokratie gesellschaftspolitisch ebenso konsequent gehen sollte, wie sie den Weg der Frauengleichstellung seit den 1970er-Jahren gegangen ist.

Ernst Gehmacher skizziert das von ihm verortete **Trilemma der Politik** und Auswege daraus.

Heinz Kienzl zeigt Distanz zu den von **Konečný eingeforderten Demokratisierungsmaßnahmen** und stellt dem seine eigene Sicht der Dinge entgegen.

Der Beitrag von **Karl Czasny** wiederum geht – über das Feld der SPÖ hinaus – dem Problem der **Politikverdrossenheit** nach.

Die aktuelle politische **Lage Tunesiens** und insbesondere die Situation der Frauen ist der Schwerpunkt von **Muna Duzdars** Reisebericht aus dem Ursprungsland der arabischen Revolution. Die von den **Muslimbrüdern** geführte Regierung versuche auf allen Ebenen die im arabischen **Raum einzigartig fortgeschrittene Emanzipation der Frauen zu bekämpfen** und gehe daran, ein dichtes Netz an politischen Strukturen, Berufsausbildungs- und Arbeitsmarktbetrieben von und für Frauen zu kappen.

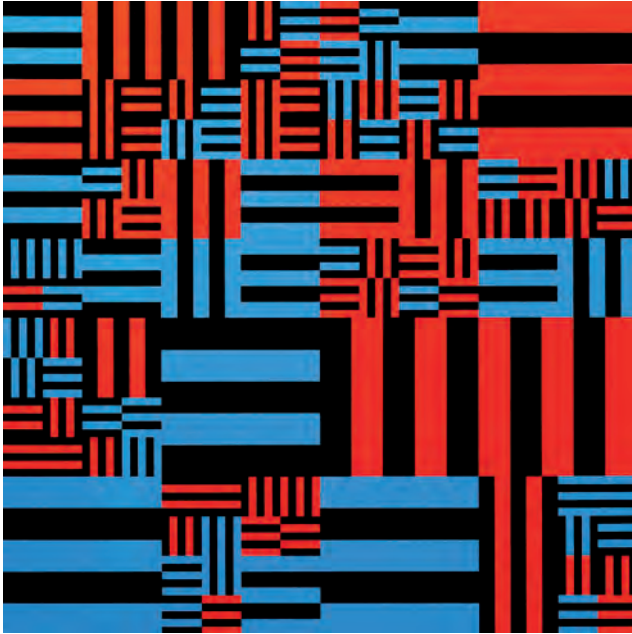
Das Stilmittel eines **Kunstmärchens** hat **Erhard Glözl** gewählt, um die Plausibilität keynesianisch-marktwirtschaftlicher Theorien zu argumentieren.

Kritische Worte zur aktuellen **Bezüge-Debatte** rund um **Josef Cap** findet der SJ-Vorsitzende **Wolfgang Moitzi**: Er sieht kein Problem einer Einzelperson, sondern grundsätzliche Fragen der politischen Moral und der innerparteilichen Demokratie berührt.

Hubertus Hofkirchner plädiert in seinem Debattenbeitrag dafür, die **Finanztransaktionssteuer** angesichts aktueller rechtlicher Zweifel nochmals zu **überdenken** und macht **konkrete Gegenvorschläge**.

Nach den **Buchtipps** rundet das Schlusswort von **Irene Mozart** das Heft ab.

Inhalt



Kurt Ingerl, **Struktur**, 1978

Lack auf Holzfaserplatte | lacquer on hardboard, 120 x 120 cm

6 Welcher Fortschritt?

VON BARBARA BLAHA

Schwerpunkt **SPÖ neu gründen**

12 New'ing: Erneuern und Öffnen

VON MARTIN J. GÖSSL

16 Das Trilemma der Politik

VON ERNST GEHMACHER

20 Reformträume und die Realität

VON HEINZ KIENZL

24 Vom Elend der Politikverdrossenheit

VON KARL CZASNY

26 Tunesien: Frauenrechte müssen verteidigt werden

VON MUNA DUZDAR

32 Die Geschichte von Henry Ford und seinen Kindern

VON ERHARD GLÖTZL

40 Mehr als eine »Neid-Debatte«

VON WOLFGANG MOITZI

44 Drohender Fehlschlag der Finanztrans- aktionssteuer – Übel oder Glücksfall?

VON HUBERTUS HOFKIRCHNER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Der deutsche Exportüberschuss – Problem für die Eurozone

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Welcher Fortschritt?

Vom 17. bis 20. Oktober fand heuer zum sechsten Mal der Momentum-Kongress statt, der sich um eine Vernetzung von progressiver Wissenschaft und Politik bemüht und dieses Jahr das Thema Fortschritt behandelte. In ihrer Eröffnungsrede ging Barbara Blaha der Bedeutung unterschiedlicher Fortschrittskonzeptionen auf den Grund.

Ich gehöre zu den Menschen, die gerne Leserbriefe und Postings lesen, weil sie sich einbilden, dort etwas über kollektive Stimmungslagen erfahren zu können. Bestimmte argumentative Figuren begegnen einem da immer wieder. Die Metapher »Rom« oder »römische Verhältnisse« zum Beispiel. Die Vorstellung vom antiken Weltreich als Inbegriff von Dekadenz, als Moloch, der an seinem Materialismus und seiner moralischen Verkommenheit schließlich zugrunde geht, haben seit dem 18. Jahrhundert Historiker tief ins Bewusstsein unserer Kultur eingeschrieben. So tief, dass kein Unterschied feststellbar ist zwischen dem angeblich eher schlicht gestrickten Publikum von »Bild« und »Krone« und der vermeintlich intellektuelleren Leserschaft der »Zeit« oder des »Standard«.

In der Metapher »Rom« begegnet uns ein weit verbreitetes, pessimistisches Verständnis von Fortschritt. Über den Umweg der Via Appia werden die gestiegenen Möglichkeiten unserer Zivilisation als Entfremdungsprozess des Menschen von seiner Umwelt gedeutet. Die rasante technische Entwicklung, das gestiegene Wohlstandsniveau, häufig auch Migrationsbewegungen werden zu einem Szenario verwoben, das letztlich nur eine Richtung kennt: den Untergang.

MACHTLOSIGKEIT

Dahinter steht ein Gefühl großer Machtlosigkeit. Menschen versuchen, dem Gefühl der Fremdbestimmung etwas entgegen zu setzen, aus ihrer Position der Schwäche herauszutreten, indem sie pauschal die gesamte Gesellschaft und deren Errungenschaften als irregeworden erklären. Sie verkehren die Fortschrittsgläubigkeit der Aufklärung, die Überzeugung, der Mensch vermöge Kraft seines Verstandes und seines Fleißes buchstäblich alles, in ihr Gegenteil. Der Mensch macht sich dieser Überzeugung nach die Erde nicht Schritt für Schritt untertan, er entfernt sich von ihr und damit von den Wurzeln

seines eigenen Glücks. Er bastelt nicht an der Verbesserung seiner Lebensverhältnisse, er bereitet seinen Untergang vor. Als einziger Ausweg bleibt den wenigen Sehenden nur die Apathie, der Rückzug in die innere Emigration.

Wie viel gelöster ist angesichts dieses Szenarios die Vorstellung eines Fortschritts, wie ihn uns viele Modernisierungstheorien präsentieren. Als höhere Bestimmung der Menschheit finden wir dort die Vision einer industrialisierten, sozial hochdynamischen – und selbstverständlich kapitalistischen – Hightech-Welt. Wer an ihr als Einzelner wie als Nation noch nicht teilhaben kann, hat daran in erster Linie selbst schuld, oder möge sich eben etwas gedulden. Fortschritt ist diesem Verständnis folgend der menschlichen Geschichte inhärent, ein gleichsam natürlicher Prozess, der eine gerade aufsteigende Kurve zieht aus den Tiefen des Mittelalters in die Höhen der Moderne.

OPTIMISMUS

Der unbändige Optimismus stützt sich vor allem auf die rasante technische Entwicklung, die alles möglich, alles machbar scheinen lässt. Der Kulturphilosoph Herman Sörgel etwa träumte schon in den 1920ern von Atlantropa, von der Vereinigung von Afrika und Europa durch die Trockenlegung von Teilen des Mittelmeers, von der Begrünung der Wüste durch die Flutung von Teilen Afrikas. Der Zweck dieses Unternehmens sollte der europäischen wie der afrikanischen Bevölkerung gleichermaßen zugute kommen. Mithilfe eines Staudammes in der Meerenge von Gibraltar sollten gewaltige Turbinen umweltfreundlich den neuen Riesenkontinent mit Energie versorgen. Man würde Sörgel übrigens Unrecht tun, wenn man ihn als weltfremden Spinner abstempelte. Seine Überlegungen zur Ressourcenknappheit, zu Fragen der Ernährungssicherheit, aber auch seine Sorge vor neuerlichen Kriegen nahmen früh kommende Entwicklungen vorweg.

Während Sörgels zutiefst humanistischen Hoffnungen auf den menschlichen Fortschritt längst passé sind, ist mit ihnen doch nicht der Glaube untergegangen, dass technisch am Ende doch alles möglich wird – bis hin zur Überwindung des Todes. Denken wir nur an die Hoffnungen, die mit der bemannten Marsmission verbunden sind. Es geht dabei nicht nur um die Besiedlung fremder Planeten als Fluchtpunkt vor einer weitgehend ruinierten Erde. Letztlich geht es perspektivisch darum, der Endlichkeit unseres Sonnensystems ein Schnippchen zu schlagen. Fortschritt bis hin zum ewigen Leben, wenigstens der Spezies.

Beide Pole des Fortschrittsbegriffes, der optimistische wie der pessimistische, klingen in ihrer Zuspitzung eher abwegig. Aber wenn wir in unsere Welt hinaus schauen und uns fragen was wir sehen – liegt die Antwort nicht tatsächlich irgendwo zwischen Apokalypse und Auferstehung? Und ist die Antwort auf diese Frage, wie immer sie ausfällt, nicht eine durch und durch politische?

Wer den Geistes- und Sozialwissenschaften den Vorwurf macht, sie folgten einem politischen Bias, während die Naturwissenschaft sich der neutralen Erforschung der Materie widmeten, der findet seine Annahme im Paradigma des Fortschritts eindrucksvoll widerlegt. Auch die Technik kann sich der Machtfrage nicht entziehen. Können wir etwa über medizinischen Fortschritt sprechen, ohne im selben Atemzug die Frage des Zugangs aufzuwerfen? Es sind doch alleine gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die darüber entscheiden, was zu beforschen sich lohnt, die darüber entscheiden, ob neue Erkenntnisse allen offen stehen, oder einer privilegierten Minderheit vorbehalten bleiben.

Am offensichtlichsten wird die Dialektik des Fortschritts dort, wo aus neuen Möglichkeiten bloß neue Instrumente der Herrschaftsausübung werden.

Denken wir an big data, an die enormen Anstrengungen, die unternommen werden uns alle zu überwachen, unsere Ziele und Absichten zu erraten, um gegebenenfalls gegenhalten zu können.

Denken wir an das Navigations- und Überwachungssystem Eurosur, das seit dem Massensterben vor Lampedusa stark ins Gerede gekommen ist: Es ermöglicht potentiell eine sichere Schifffahrt auf dem gesamten Mittelmeer – ein Zweck, dem Eurosur nach dem Beschluss der europäischen Innenminister

von letzter Woche nun aber ausdrücklich nicht dienen soll. Stattdessen nützt man diese technische Errungenschaft weiterhin für den Kampf – und das Wort Kampf ist hier keine Metapher – gegen die Ärmsten dieser Erde.

Wie wenig Technik per se mit Fortschritt zu tun hat lassen auch die Zahlen errahnen, die das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) heuer vorgelegt hat. Demnach lagen die globalen Rüstungsausgaben 2012 bei 1.750 Milliarden US-Dollar. Das ist fast doppelt so viel Geld wie noch 2006.

DEN HUNGER BESEITIGEN

Wir könnten um dieses Geld zweihundertfünfzig Mal die Kinderlähmung ausrotten. Wir könnten mit 0,6% dieser Summe ein Jahr lang der gesamten Weltbevölkerung sauberes Trinkwasser zur Verfügung stellen. Selbst wenn wir Wert darauf legten, die militärischen Kapazitäten nicht unter das Niveau von vor sieben Jahren sinken zu lassen könnten wir mit der Differenzsumme problemlos sechsmal den Hunger auf Erden beseitigen.

Der Grund dafür, dass dergleichen nicht geschieht, ist nicht einfach die Ignoranz der Regierenden –, die wir dennoch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen dürfen. Die letzte Ursache ist in den herrschenden Produktionsverhältnissen zu suchen. Der Kapitalismus hat unleugbar zu gewaltigen Steigerungen der ökonomischen Potentiale geführt. Das hatte seinen Preis. Von den Kindern in den Silberbergwerken der Fugger über die Millionen Toten in dutzenden Kriegen in denen es letztlich immer um ökonomische Macht ging, darunter zwei Weltkriege: Wer kann es sich herausnehmen, sie alle zu notwendigen Opfern des Fortschrittes zu erklären?

Selbst, wenn wir die Schreckensgeschichte von Ausbeutung und Zerstörung ignorieren, wenn wir uns auf die Position zurück zögen, dass es über verschüttete Milch nicht zu klagen lohne und wir uns glücklich schätzen müssten, in so großer Zeit zu leben: können wir denn umhin anzuerkennen, dass die herrschende Wirtschafts- und Sozialordnung auch in der Gegenwart ohne Ungerechtigkeit nicht zu denken ist? Schließlich kommt es eben, wie Max Adler treffend festgestellt hat, nicht darauf an, was produziert wird, sondern wie, unter welchen Verhältnissen. Eben diese Verhältnisse sind seit dreihundert Jahren die gleichen. Muss also, was im 17. Jahrhundert ein Fortschritt war, auch noch im 21. Jahrhundert einer sein?

Wir als Menschen, die für sich das Attribut »kritisch« beanspruchen, müssen auf einem Fortschrittsbegriff beharren, der sich nicht einfach nur mit der theoretischen Möglichkeit zur Verbesserung zufrieden gibt. Sondern nur mit der aktiven Veränderung. Unser Begriff von Fortschritt bemisst sich an der Verbesserung der realen Lebensverhältnisse aller.

Das führt uns, nach einer Reise durch ferne Gefilde, ganz in unsere Nähe zurück. Eine Wissenschaft, die sich einer Philosophie der Praxis verpflichtet fühlt, muss doch zuallererst bei ihrer eigenen Praxis beginnen. Bei uns.

HERSCHENDES UNRECHT

Achthundertsiebzig Millionen Menschen hungern in diesem Augenblick, 1.800 von ihnen sterben alleine heute Abend. Wie verhält es sich mit der, gerade unter Intellektuellen, weit verbreiteten, kühlen Abgeklärtheit angesichts solcher Zustände? Ist diese Zurückhaltung, die so oft knapp an der Gleichgültigkeit dahinschrammt, emotional wie moralisch ein Fortschritt? Weshalb soll es aufgeklärt sein, das herrschende Unrecht zwar zur Kenntnis zu nehmen, sich darüber aber nicht zu empören? Was meinen die, die von uns verlangen, wir sollten »unsere Emotionen beiseite lassen«, mit dem »Moralisieren« aufhören und uns besser den »Fakten« zuwenden?

Ich halte die Polemik gegen das »Moralisieren« für die perfideste und gleichzeitig effektivste Form der Machtausübung. Die Beherrschten konditionieren sich selbst, indem sie sich den Zorn über das offensichtliche Unrecht verbieten. Es ist dann nicht mehr länger das Elend, das Unbehagen auslöst, sondern diejenigen, die es in Erinnerung rufen. Indem sie es ansprechen, oder indem sie gezwungen sind, darin zu leben. Denken wir nur an den Hass, der Bettlerinnen und Bettlern entgegenschlägt.

Weder Selbstkontrolle noch eine Rationalität, die sich einer humanistischen Moral verweigert, können Grundlage für Fortschritt sein. Eine Normalität, die bei aller technokratischen Finesse, sowohl Moral als auch die Möglichkeit der Auflehnung zurück weist, nimmt uns jeden Handlungsspielraum.

Das Gegenteil davon ist es, was ich uns wünsche. Ich wünsche uns den Mut, uns zu empören. Ich wünsche uns die Fähigkeit, aus dieser Empörung nicht blinde, resignative, traurige Wut werden zu lassen. Stattdessen wünsche ich uns einen produktiven Zorn, der an unsere Klugheit, an unsere Fähigkeiten appelliert. Ich wünsche uns, dass wir uns selbst ethi-

sches Empfinden nicht verbieten, weil es angeblich die Sinne trübt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Unser Verstand hilft uns in der Analyse. Aber unsere humanistischen Grundwerte entscheiden darüber, was wir mit den Ergebnissen anfangen. Erst hier entscheidet sich, ob daraus ein Fortschritt in unserem Sinne wird.

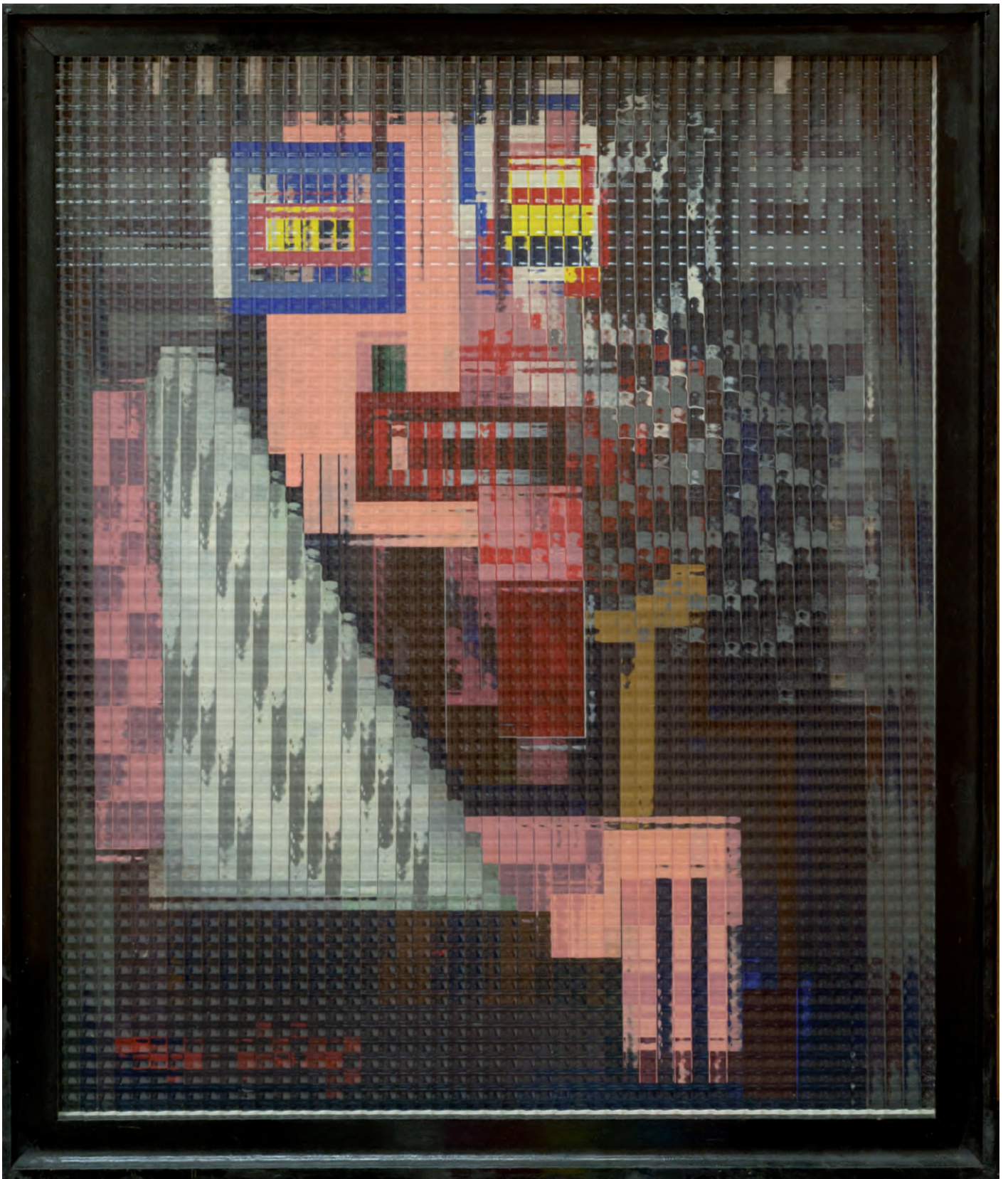


BARBARA BLAHA

ist Germanistin und politische Leiterin von Momentum.
Der nächstjährige Momentum-Kongress findet von 16.–19.11.2014 statt
und steht unter dem Leitthema »Emanzipation«.
Nähere Informationen unter www.momentum-kongress.org.



Friedl Kubelka, aus der Serie »Franz West – Passstücke«: Otto Kobalek, 1975
Schwarzweißfoto | black-and-white photograph, 23 x 17 cm



Marc Adrian, Studie zu »survivor«, 1973

Industrieglas, Acryl auf Leinwand | industrial glas, acrylic on canvas, 96 x 79 cm

DIE 70ER JAHRE.

MUSA

Die 70er Jahre.

Expansion der Wiener Kunst

Mit den 1970er Jahren erreicht das MUSA nun das dritte Jahrzehnt des Rundgangs durch die eigene Geschichte. Seit 1951, dem Geburtsjahr der Sammlung, war die Förderung der bildenden Künste durch die Stadt Wien vor allem auf Ankäufe von Kunstwerken konzentriert gewesen, sodass zu Beginn des Jahres 1970 der Bestand bereits auf etwa 6.000 Objekte angewachsen war. Aus dieser Förderungspraxis entstand eine einzigartige Sammlung zeitgenössischer Kunst, die heute etwa 30.000 Werke von 4.500 Wiener KünstlerInnen umfasst.

Im dritten Jahrzehnt des Sammlungsbaus (1970–1979) erwarb die Kulturabteilung 2.200 Kunstwerke von 731 KünstlerInnen. Parallel dazu wurden im Rahmen von „Kunst am Bau“ (KAB) 243 Skulpturen, Mosaik und Wandmalereien realisiert. Obwohl dafür, wie schon in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten, ein deutlich höheres Budget aufgewendet wurde als für den Kunstankauf, ging die Zahl der Errichtungen im öffentlichen Raum um die Hälfte zurück. Hier zeichnet sich ein Trend ab, der bereits das Ausklingen dieser ehemals so erfolgreichen Initiative im Folgejahrzehnt ankündigt.

Ein weiterer Teil der Sammlung verdankt sich großzügigen Schenkungen, die auch das Konvolut der 1970er Jahre mit aussagekräftigen Werken ergänzen. Aus diesen drei Elementen resultiert der Gesamtbestand des MUSA an Werken aus den 1970er Jahren, der sich auf 3.500 Arbeiten von 800 KünstlerInnen beläuft.

Die 1970er Jahre sind durch den politischen Wechsel unter Bruno Kreisky geprägt. Dieser brachte eine tiefgreifende Modernisierung der Gesellschaft mit einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Reformen unter anderem in der Justiz, der Bildung, beim Bundesheer und im Sozialwesen. Österreich öffnete sich verstärkt dem internationalen Geschehen und wurde mit der Errichtung der UNO-City wieder Teil der Weltbühne. Fernsehen und allgemeine Mobilität veränderten den Alltag. Der gestiegene Wohlstand bewirkte einerseits lebhaften Konsum, brachte andererseits aber auch schwerwiegende Folgen für die Umwelt mit sich. Dies führte wiederum zu einem verstärkten ökologischen Bewusstsein. Ölschock und darauf folgende Krisen der Wirtschaft trugen zur Intensivierung eines Zeitgeistgefühls bei, in das sich nach dem ungebremsten Fortschrittsglauben der 1960er Jahre zunehmend Zweifel und Ängste mischten. Nachdem alles möglich geworden war, wurde nun klar, dass dies seine Gültigkeit ebenso in negativer Hinsicht hat.

MUSA Museum Startgalerie Artothek
Wien 1, Felderstraße 6-8 (neben dem Rathaus)
www.musa.at
bis 4.1.2014

New'ing: Erneuern und Öffnen

Die SPÖ könnte es nicht nur, sie muss es auch. Ideen für neue Wege.

In den 1970ern war die Dynamik in der Frauenforschung atemberaubend. Die Suche nach wichtigen weiblichen Persönlichkeiten einer vergangenen und aktuellen Gesellschaft brachte spannende Biografien zum Vorschein, die Rolle von Frauen in der Gesellschaft wurde nicht nur analysiert, sondern ebenso kritisch debattiert, um schließlich auf politischer Ebene sozialdemokratische Forderungen zu formulieren.

ETWAS EINMALIGES? DURCHAUS NICHT.

Viele der in den 1960er- und 1970er-Jahren definierten Visionen wurden über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, als Fundament für darauf aufbauende Leitlinien herangezogen. So wurde die Gleichstellung der Frau als allgemeine Leitlinie erkannt und dem folgend plakative Forderungen von sozialdemokratischen Frauen und Männern artikuliert. So konnten im Laufe der näheren Geschichte einige Forderungen der Gleichstellung von Frauen nicht nur sukzessive erreicht, sondern auch authentisch nach außen kommuniziert werden. Dieser Prozess war dabei keinesfalls friktionsfrei, gerade die erste Frauenministerin der Republik, Johanna Dohnal, wusste dies stets, doch sowohl die Notwendigkeit zur Aktion, als auch die Motivation für eine Veränderung, galten in der sozialdemokratischen Familie als in der Essenz richtig; wenn auch polarisierend.

Die im Hintergrund gesehene – wenn auch nicht immer explizit genannte – Leitlinie, half SPÖ-VertreterInnen und SympathisantInnen der Frauengleichstellung, sowohl argumentativ ein Ganzes im Blickfeld zu behalten, als auch klare Vorschläge für das tägliche Leben einzubringen. Ob es die Gründung der Frauenhäuser, die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern oder die Bildungsfrage betraf: die Koppelung zwischen der Forderung nach Veränderung und einem Gesamtziel war nachvollziehbar. Die sich daraus er-

gebende Strategie war eine durchaus erfolgreiche; zumindest wenn die Maßstäbe des Erfolges die Wahlergebnisse der Zeit und die Umsetzungen von Forderungen umfassen.

Wenn Albrecht K. Konecny in seinem Artikel »Die SPÖ neu gründen!« feststellt, dass es einen Schritt von der Vergangenheit in die Zukunft benötigt, so kann man dem nur zustimmen. Ebenso richtig ist seine Einschätzung, dass es junge Menschen in der SPÖ benötigt, die mitgestalten wollen und dies auch dürfen.

Die gute Nachricht: Es gibt sie noch und es gibt einige von ihnen, die eine Sozialdemokratie kritisch, innovativ und dem 21. Jahrhundert entsprechend interpretieren. Doch warum sind diese Genossinnen und Genossen nicht sichtbar? Wo verstecken sich ihre strategischen Konzepte, die wir im täglichen politischen Diskurs nicht sehen, nicht hören und nicht spüren können?

GIBT ES ÜBERHAUPT KONZEPTIONELLE IDEEN?

Um diese Fragen zu beantworten, sollen lediglich fünf Schlaglichter auf Themenstellungen geworfen werden, die als ebenso unsichtbar wie brisant verstanden werden können.

Einer der großen Herausforderungen einer vernetzten und globalisierten Gesellschaft betrifft die Vielfalt. Fernab von Todes-Phantasien der Multikulti-Gesellschaft, tritt die individuelle sowie subkulturelle Diversität (also Vielfalt) in den Vordergrund. Migration ist dabei nur eine Facette von vielen. Alter, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, sozio-ökonomischer Status und viele andere Identifikationsmerkmale einer gesellschaftlichen Matrix haben tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben. Im 21. Jahrhundert mögen nicht alle – und hier vor allem auch junge Männer – mit dem Terminus der Diversität in Berührung gekommen sein, doch

die Auswirkungen sind für alle deutlich spürbar. Die Ohnmacht, nicht gleiche Chancen zu erhalten, Unfairness und Ungleichstellung annehmen zu müssen und mehr noch, Zufälligkeiten als immanenten Teil der Wirklichkeit und der daraus ergebenden Lebenschancen akzeptieren zu müssen, schafft Unsicherheit.

Die sozialdemokratische Vision einer Chancengleichheit hat dennoch eine klare Berechtigung. Doch der Umgang mit Machthierarchien, dem Prinzip von Zufälligkeit und »diversen« Biografien muss in einer politischen Debatte als auch in der Entwicklung gesellschaftlicher Initiativen Rechnung getragen werden; in voller Ehrlichkeit.

Neben den vielfältigen Biografien sind es auch zunehmend vielfältigere Lebensentwürfe, denen es kritisch aber auch wertneutral zu begegnen gilt. Schon lange bestehen Bekenntnisse in der Sozialdemokratie, welche die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paaren formulieren. Doch neben schriftlichen Bekenntnissen braucht es eine politische Realität, ein inhaltliches Zugehen auf die Menschen, unabhängig von der eigenen sexuellen Orientierung. Sich für schwul-lesbische Fragen stark zu machen heißt, sich für Menschenrechte stark zu machen. Es bedeutet, neue Lebensentwürfe zu erkennen, sie zu thematisieren und dort Freiheiten im Gemeinsamen zu ermöglichen, wo dem Individuum Platz für ihre/seine Konzepte gegeben werden kann. Und die sexuelle Orientierung ist nur ein aktuelles und derzeit spürbares Thema von vielen. Denn es finden sich noch viele weitere Lebensentwürfe, die eine Anerkennung verdienen und einer politischen Diskussion würdig sind.

Die Gretchenfrage, wie hält man es mit der Europäischen Union, muss fortdauernd und in unterschiedlicher Tiefe Beachtung finden. Das Friedensprojekt Europa ist nicht nur eine einmalige Chance für uns als Gesellschaft, sondern ebenso in seiner Weite und Bedeutung nur schwer nachzuvollziehen. Ein gemeinsames Europa kann daher nicht mit wenigen Floskeln begründet werden, wenn die Angst, eine Identität zu verlieren, dominierend ist. Kritik, egal auf welcher Ebene, muss ernst genommen werden; genauso ernst, wie eine Auseinandersetzung für ein gemeinsames Europa auf jeglicher Ebene. Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie, hat die grundlegende Aufgabe, Europa in seiner Komplexität und Wichtigkeit, sowohl am Bierstisch, in den Betrieben, bei Sektionstreffen als auch in akademischen Zirkeln zu debattieren, zu kritisieren und zu reflektieren. Es darf keine Frage als »dumm«, »unnötig«

oder »falsch« abgetan werden, nur um einer Diskussion über das verein(ig)te Europa aus dem Weg zu gehen.

Als wichtiger Teil einer konzeptionellen Findung darf die Bildung nicht außer Acht gelassen werden. Bildung schafft Möglichkeiten. Möglichkeiten, ein Leben nach eignen Vorstellungen führen zu können, sich als mündiger Menschen entwickeln zu dürfen und Teil einer reflektieren Gesellschaft zu werden.


Bildungsthemen sind sozialdemokratische Kernthemen und müssen den Menschen als Gesamtes umfassen. Die Erlangung von Bildung benötigt Raum, Ressourcen und Möglichkeiten; Faktoren, die Großteils in politischer Verantwortung liegen. Auch hier gilt es, dem Diktat einer Zeit, vielleicht auch dem Trend einer Wirtschaft, gesellschaftliche Konzepte entgegen zu halten. Neben den berühmten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) darf es durchaus als eine politische Notwendigkeit verstanden werden, anderen Wissensbereichen gebührende Förderung und Wertschätzung entgegen zu bringen. Wenn MINT-Studieneinrichtungen als der Motor für Innovation verstanden werden und die Rechtswissenschaften die Wahrung der Ordnung für sich beanspruchen, dann ist es doch die Geisteswissenschaft und Kunst, die der Gesellschaft einen Spiegel vorhält und damit der gelebten Demokratie einen wichtigen Dienst erweist.

Bildung hat eine volkswirtschaftliche Komponente; Budgetzahlen erinnern uns permanent daran. Doch Bildung muss gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch als eine politische Notwendigkeit für ein mehr an gesellschaftlicher Fairness verstanden sein.

Ähnlich einer Frauenbewegung, kam es die letzten Jahrzehnte immer wieder zu intensiven Auseinandersetzungen in der Frage um Arbeitszeitmodelle. Auch hier ist die Gesellschaft einer modernen, virtuell-vernetzten Welt, im Wandel begriffen. Wenn früher das Einkommen eine der zentralen Entscheidungskriterien für oder gegen eine Arbeitsstelle war, so darf heute auch der Faktor Zeit nicht unbeachtet bleiben. Die bereits erwähnten vielfältigen Lebensentwürfe benötigen ebenso neue Arbeitskonzepte und Rahmenbedingungen, wie auch eine dementsprechende soziale Absicherung. Leiharbeit, Ich-AGs, international agierende Expertinnen und Experten, Teilzeitarbeit, ausufernde Überstundenkonten, neue Familienbilder, steigende Freizeitbedürfnisse; die Liste der Herausforderungen ist lang und innovative Konzepte dringend

gesucht (dem muss zusätzlich die kritische Frage nachgelegt werden: Haben wir in Österreich überhaupt genügend bezahlte Arbeit, um allen Menschen einen Arbeitsplatz bieten zu können? Braucht es nicht mehr Menschen in der Arbeit, jedoch mehr freie Zeit für den Einzelnen?).

Die konzeptionelle Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Inhalten ist möglich. Sie passiert auch innerhalb der Sozialdemokratie, doch sie bleibt zu unsichtbar um in einen breiten Diskurs zu münden. Gerade seit den letzten Jahren organisieren sich kritische Geister, wenn sie der Sozialdemokratie nicht den Rücken zugewendet haben, in eigene Gruppierungen und fordern ein, was die Sozialdemokratie nur mehr zaghaft bereit war zu erfüllen: Einen Diskurs – auch wenn er kritisch verläuft – zu initiieren und zu gestalten. Denn Innovation, auch die politische Ideenfindung, braucht eine ehrliche, demokratische, kreative, que(e)re und kritische Auseinandersetzung.

Die diesbezügliche Verantwortung darf nicht nur der Parteispitze zugeschoben werden. Es handelt sich dabei um eine Verantwortung, die uns alle betrifft: Jene, die bereits Karriere gemacht haben. Jene, die eine Karriere leben. Und vor allem jene, die eine Karriere noch planen. 

MARTIN J. GÖSSL

ist Anthropologe (Diversity und Queer Studies) und Fachkoordinator für Gleichbehandlung und Vielfalt an der FH JOANNEUM – University of Applied Sciences. Er ist Landesvorsitzender der SoHo Steiermark – Queere Perspektiven.



Lotte Hendrich-Hassmann, *Die drei K: Küche, Kinder, Kirche (Was Frauen unterdrückt)*, 1975
Plexiglas, Illustriertenfotos, Aluminium | plexiglass, magazine photos, aluminium, 56,6 x 56,6 x 11,6 cm

Das Trilemma der Politik

Angeregt durch Albrecht K. Konečnys Beitrag in ZUKUNFT 10/2013 wirft Ernst Gehmacher einen Blick auf Rahmenbedingungen der Politik. Voraussetzung für gute Politik seien klare Konturen der Parteien, verbunden mit einer »Kompromiss-Bereitschaft ohne Aufgabe der Interessen-Ziele«. Die aus seiner Sicht bewährten Entscheidungsstrukturen des sozialpartnerschaftlichen Interessensausgleichs müssten aber um Instanzen der »objektiven und unabhängigen Zielsetzungen« ergänzt werden.

Die politische Stimmung in Österreich ist gekennzeichnet durch kritische Entwicklungen: wachsende Skepsis der Stammwähler gegen die Sozialpartnerschafts-Parteien, fluktuierende Wählergunst für die Problemlösungs-Versprechen neuer Parteien, das Fehlen großer politischer Konzepte als demokratische Anziehungskraft. Das ist die Stunde von Skeptizismus und Populismus.

Darin spiegelt sich das Trilemma der demokratischen Parteipolitik. Sie soll die Interessen ihrer Wähler, wie im Wahlkampf versprochen und überhaupt, vertreten und durchsetzen. Sie soll die akuten Probleme in Wirtschaftszyklen und Wachstumskrisen schnell und energisch lösen. Sie soll aber auch der Gesellschaft eine gute Zukunft sichern – und das lokal wie global.

DIE DREI AUFGABEN SIND SCHWER ZU VEREINEN

Zukunftssicherung erfordert größtes Wissen um Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung, um Umweltbelastung und Ressourcenknappheit, um Bildung und Kriminalität, um die großen Tendenzen von Glück und Konflikt – und vor allem über die Möglichkeiten und das Tempo der dafür notwendigen Veränderungen im Lebensstil. Das ist nicht etwas, worüber man einfach abstimmen kann.

Problemlösungen in Krisen und gegenüber Missständen liegen eher auf der Hand: mehr Arbeit, bessere Bildung, genug Altenbetreuung, lange Gesundheit, keine Not – da kann man rasch helfen, wenn genug Finanzen und Kompetenzen da sind. Doch da gibt es auch schon harte Verteilungskonflik-

te, insbesondere wenn die Probleme zu rasch wachsen und die Lösungen in Lagerkämpfen und Korruption stocken.

BEDARF DER KLÄRUNG

Alle gesellschaftliche Veränderung, ob durch Natur und Geschichte, durch Wachstum oder Krise, ob durch Grundsattpolitik oder Wählerfolg, berührt Interessen und trennt in Gruppen. Da bedarf es der Klärung und der Vertretung der »wahren« Interessen, durch demokratische Parteien und Interessengruppen-Organisationen. Nun liegt es auf der Hand, dass augenblickliche, fühlbare und sichtbare Interessen viel leichter wahrgenommen werden als die möglichen Verbesserungen und Verschlechterungen durch größere Problemlösungs-Eingriffe oder gar erst durch revolutionäre Veränderungen zur Zukunftssicherung, oft mit Opfern und Mühen jetzt und den wesentlichen Vorteilen vielleicht in Jahrzehnten.

Und überall geht es dabei auch um Verteilungsgerechtigkeit – und nicht nur von Geld, sondern auch von Gesundheit, Gemeinschaft, Lebens-Chancen, Bildung und Kultur.

Wie soll sich da Politik organisieren? Im Kern ist es genau diese Frage, die im Augenblick die politische Situation in Österreich kennzeichnet. Die traditionellen Interessengruppen der »Klassengesellschaft« schwinden, die ehemaligen revolutionären Ideologien von Links bis Rechts sammeln nur mehr Missmut und Kränkung zum Protest – ohne Vision. Und die in Österreich noch nicht so akute Problemlage drängt nicht zu schwerwiegenden Lösungs-Eingriffen, ist aber stark genug, das Vertrauen in die Politik zu beschädigen. Nach einer langen Phase des steten Aufstiegs Österreichs zur »Insel der Seli-

gen« droht nun immer mehr politische Instabilität. Wo ist da ein Ausweg zu sehen?

Es lässt sich immer aus der Vergangenheit lernen. Österreich hat in seiner Erfolgsgeschichte des letzten halben Jahrhunderts die drei politischen Aufgabenfelder mit einer gesellschaftlichen Konstruktion gemeistert, die unter dem Code-Wort »Sozialpartnerschaft« gelaufen ist. Bündisch vereinigte Vertretungen der »Arbeitgeber« und der »Arbeitnehmer« (welch poetische Zweiteilung!) stimmten die Problemlösungen ab, mit Rücksicht auf Regierung, Parteien und deren Wählerschaft. Richtung und Ausmaß der problemsteuernden Veränderungen lenkten sachlich-statistisch gestützte Experten-Vorgaben aus den Kammern der Sozialklassen-Vertretungen und den Ministerien der Regierung. Die Zukunftssicherung orientierte sich an weltweit vorherrschenden Wirtschaftswachstumszielen und deren Prediger in den Universitäten. Die Harmonie von ökonomischem Glauben, Klassenkampf-Zügelung in Absprachen und Bestätigung durch die Wähler brachte das »Wirtschaftswunder« fortdauernder Wohlstandvermehrung für fast alle – wenn auch nicht mit gleichen Anteilen.

Dass dies heute in Frage gestellt ist, liegt an übergeordneten Phänomenen, die erst in und aus der Entwicklungen in dieser Epoche entstanden – in Schlagworten: Globalisierung, Bevölkerungsexplosion, Klimawandel, Energieschock, Ressourcenerschöpfung, Industrialisierung, Massenmobilität, Umweltschäden, Generationenkonflikt, Gemeinschaftsverlust, Sinnlehre und Psychostress. Scheiterte das Goldene Zeitalter des neunzehnten Jahrhunderts in dem dreißigjährigen Krieg von 1914 bis 1945 noch an der wirtschaftlichen Ungleichverteilung, welche die Zukunftssicherungs-Konzepte von Kommunismus und Faschismus gebar, so spüren wir heute die Bedrohung durch Naturkräfte in der Umwelt und in den Menschen. Dem entspricht es, dass Probleme der Bildung und der Ökologie, der sozialen Einbindung und Technikbeherrschung in den Vordergrund treten. Und die Menschen spüren das.

Der Politik stellen sich aus dieser Dynamik explosiven Wachstums und technologischer Gefahren neue Aufgaben – auf allen drei Ebenen. Die alte Klassenteilung in Arm und Reich nimmt mit der globalen Mobilität und der Entkopplung von Reichtum und Glück neue Dimensionen an. Die Patentrezepte der Zentralisierung und Regionalisierung müssen einer »glokalen« Mehr-Ebenen-Autarkie weichen. Ak-

tuelle Problemlösungen verschmelzen immer mehr mit Zukunftssicherung. Und die individuellen Interessen gehorchen immer weniger der Klassen-Einteilung und den nationalen Grenzziehungen. Wähler, die gleichzeitig im Prekariat zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit pendeln, notgedrungen Autofahrer sind und in Sinnsuche von konservativer Religiosität zu rebellischer Spiritualität wechseln, suchen heute verwirrt eine Partei ihrer Wahl, die alle ihre oft widersprüchlichen Interessen vertritt.

Ist da guter Rat teuer? Eigentlich nicht – abgesehen von den Mühen und Kosten des davon abgeleiteten neuen Weges.

Die Interessenvertretung ist am besten bei politischen Parteien aufgehoben, die in ihrer Organisation und in allen parlamentarischen Entscheidungen deutlich den ökonomischen wie psychischen Nutzen ihrer Anhänger vertritt, also so weit wie möglich durchzusetzen sucht. Das setzt eine deutliche Profilierung der Parteien voraus – gleich ob in der Regierung oder in Opposition – und damit auch Kompromiss-Bereitschaft ohne Aufgabe der Interessen-Ziele. Eine Partei muss Partei nehmen. Auch in der Wahl und Schwerpunktsetzung der aktuellen Problemlösungen. Darauf beruht auch die innere Bindung der Partei-Treue, des internen »Bonding«.

Die Analyse der Probleme und die Sachlichkeit der Problemlösungen bedarf jedoch einer über den Interessen stehenden objektiven Rationalität, eines partnerschaftlichen Ausgleichs. Der sollte jetzt, mit dem erweiterten Aufgabenfeld, jedoch nicht nur die ökonomischen Sozialpartner einschließen, sondern auch Vertreter des ökologischen und kulturellen Interessenkonflikts, Umweltschützer und ihre Kritiker, Fachleute der nützlichen Fremden-Integration und der Überfremdungs-Gefahren. Die Organisation und Integration solcher Expertise in das funktionierende Sozialpartnerschafts-System wäre zu leisten – wobei die Kooperation bisher strikt oppositionell geprägte Fachwissens-Ideologien nicht immer leicht ist.

UND DIE ZUKUNFTSSICHERUNG?

Hier scheint die Verfügung über das jeweils beste und neueste Wissen, ohne argumentative Verzerrung, aber mit allen Spielräumen der Unsicherheit, für alle Politik am wichtigsten. Den Interessenvertretungen fällt der weite Blick nach vorne schwer. So sind wohl Seniorenbünde an Prognosen über die nächsten fünfzig Jahre weniger interessiert – soweit sie nicht auch die Bindung an Enkelkinder berücksichtigen und an


zukünftige Seniorengenerationen denken. Die eher einsam elitäre Zukunftsforschung der Wirtschaftswunder-Epoche hat immerhin in der Politik grüne Parteien angeregt, die als Interessengruppe aber letztlich nie sehr groß werden können – da ja eindeutige Notwendigkeiten der ökologischen Zukunftssicherung dann von allen Parteien berücksichtigt werden. Darum erscheint es ratsam, von vornherein die wissenschaftlich fundierten »Visionen« einer nachhaltig sicheren Zukunft von der Interessenpolitik abzuheben – auf die »Makro-Ebene« der Sozialkapital-Theorie. Dem entsprach sehr lange die Funktionen-Teilung zwischen Herrschaft und Religion, ordnender Macht und sinnstiftendem Glauben, Staatsgewalt und Moral.

Die Teilung war aber schwer aufrecht zu erhalten: Kirchen und Klöster wurden reich und mächtig, aber auch die ideologischen Glaubensverkünder der »Aufklärung« ließen es nicht beim Predigen bewenden, sondern strebten nach Macht und Unfehlbarkeit – und warfen dann leicht die Wahrheitssuche aus der Balance. Und die in Details zersplitterte Wissenschaft fällt auch immer wieder den Interessen in die Hände.

Heute, in der informationstechnischen Gesellschaft, haben sich die Medien der Zukunftssicherung angenommen. Sie warnen, in ihrer Vielfalt, über die Interessengrenzen hinweg und zeigen Gefahren früh und drastisch auf – weil sich Angst gut verkauft. Und über das Publikum der Wähler ist auch ihr Einfluss auf die Politik stark. Allerdings nur, insoweit die Politik demokratisch ist und die Medien frei sind.

Jedoch kommen dabei die Visionen zu kurz. Wo die Wissenschaft neue Wege in die Zukunft weist, wie etwa den Übergang zu alternativen Energien, zu Suchtfreiheit und Konsum-Askese im Dienst nachhaltiger Gesundheit segeln auch unterstützende Massenmedien gegen den Wind der Interessen. Doch der Markt der Hoffnungen kommt gegen den Markt der Ängste und Egoismen nicht auf. Daher werden die heutigen Politik-Mechanismen, auch in ihren Vorbildern an Demokratie und Sozialstaat, allein und auch im Bund mit den Medien nicht ausreichen, das beste Wissen um Zukunftssicherung so rasch und so gut in politisches Handeln umzusetzen, dass der historische Regelmechanismus der Katastrophenzyklen aufgelöst wird. Dazu erscheint eine neue politische Entscheidungs-Struktur notwendig, welche das System der ausgeglichenen Interessenvertretung und der raschen Problemlösungen ergänzt um Instanzen der objektiven und unabhängigen Zielsetzungen für die Zukunft.

Dabei wird man am besten auf bestehende Institutionen und Fachkreise zurückgreifen, aber neue Formen der Unabhängigkeit von partikulären Interessen anstreben – diese Verteilungsfragen jedoch wiederum sehr wohl berücksichtigen, als Teil der natürlichen Kräfte. Eines ist aber klar: die politischen Vertreter der Zukunftssicherung dürften nicht die nächste Wahl gewinnen müssen, sondern sollten zum Grundbestand der Demokratie gehören wie die unabhängigen Medien und die objektive Wissenschaft.

Man könnte sich ein Zukunfts-Forum aus Expertengruppen vorstellen, die Zielmodelle und Zukunfts-Szenarien aus den großen Fachbereichen, von Schule und Medizin, von Umwelt und Bildung, von Gemeinschaft und Lebensstil entwerfen und in steter Diskussion verbessern. Und ein solcher Expertenkreis müsste für das Parlament und für alle Parteien da sein, aber unabhängig von Lobbyismus und Käuflichkeit, eine demokratische Einrichtung. 

ERNST GEHMACHER

ist Sozialwissenschaftler und war langjähriger Mitarbeiter und Geschäftsführer des Sozialforschungsinstituts IFES.



Erna Frank, Die Wienerin oder Substandard, 1979
Bronze | bronze, 32 x 27 x 30 cm

Reformträume und die Realität

Heinz Kienzl teilt die in ZUKUNFT 10/2013 von Albrecht K. Konečný geäußerte Forderung nach mehr innerparteilicher Mitbestimmung der Mitglieder nicht. Anstehende ökonomische Herausforderungen erforderten starke und geschlossene Parteien und eine handlungsfähige Regierung.

Albrecht Konečný schlägt vor: »Die SPÖ neu gründen.« Ich hätte da einige Kommentare auf Lager und möchte mich nicht verschweigen. Die Partei, die wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten, gibt es nicht mehr. Ihre Basis, die Sektionen, ist verkümmert. Heute könnte niemand, wie einst Peter Strasser, sagen, als er in der Sektion war, hat er gehört, wir haben nicht sehr viel zu reden, denn alles wird im Bezirk entschieden; als er im Bezirk war, hat er gehört, wir haben auch nichts zu reden, alles wird im Parteivorstand entschieden; und als er im Parteivorstand war, hat er gehört, wir können nur das machen, was da unten beschlossen wurde.

Nun, die Sektionen sind verkümmert und Fraktionsveranstaltungen – und ich habe immerhin bei beiden im Laufe meines langen Lebens über 1.000 Referate gehalten – gibt es auch nicht mehr. Dafür gibt es Erklärungen, nicht zuletzt eine marxistische. Der technische Fortschritt gestaltet die Gesellschaft und auch die Parteien. Durch das Fernsehen, das es schon in der Ära Kreisky gab, wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die das Leben der Sektionen mehr oder weniger liquidiert hat.

Wer war denn bereit in einen Sektionsabend zu gehen, bei dem ihn der Bezirksvorsteher über die politische Lage und die Weltlage informierte, wenn er im Fernsehen von Kreisky selbst über die Lage aufgeklärt wurde? Auch Vranitzky konnte noch Erklärungen abgeben und somit, ohne es zu wollen, zum Abbau der Sektionen beitragen. Dann gibt es auch die sogenannten social media, und auch die haben zum Abbau des Sektionslebens beigetragen. Wer mit Facebook, mit Twitter mit Smartphone und anderen Medien Meinungs austausch betreiben kann, braucht manche Kontakte nicht mehr.

Ein weiterer ganz entscheidender Punkt, der das Parteileben beeinflusst, ist die Bildungsoffensive, die auch in der Ära Kreisky begonnen hat. Die Zahl der höher Gebildeten hat stark zugenommen, aber leider Gottes glaubt jetzt jeder bestens informiert zu sein und stellt den Anspruch, seine Meinung durchzusetzen. Natürlich ist den wenigsten, die auf dem Wege der direkten Demokratie die Entwicklung der Republik, der Partei, der Wirtschaft, der Kultur, der Bildung und ihres Ambientes beeinflussen wollen, klar, dass nicht alles nach ihrem Kopf gehen kann. Es gibt 100.000 andere Köpfe, die auch glauben, dass es nach ihrem Kopf gehen muss, in die unterschiedlichsten Richtungen, und das ist eines der Probleme der direkten Demokratie.

Zum Ansehen, das die Parteien genießen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft im Lauf mehrerer Jahre den Wählern einige Fragen vorgelegt hat und es waren immerhin 3.000 Befragte, in den Jahren 2010 bis 2013. Die Fragestellung war, wie kann man auf die Entwicklung Einfluss nehmen, welche Möglichkeiten gibt es da.

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft hat die Frage vorgelegt, und zwar immerhin an 3.000 Befragte, wie man bestimmte Ziele die man anstrebt, am besten erreichen könnte. Die erste angeführte Möglichkeit war »Mitarbeit in Organisationen« und 47% meinen, da könne man viel erreichen, 10%, dass man damit gar nichts erreichen könnte. Bei den Wählern, die keine Parteipräferenz hatten, waren es doch auch 28%, die meinten, man könnte so viel erreichen und auch 10%, die meinten, dass man damit gar nichts erreichen könne. Durch »Bürgerinitiativen viel erreichen zu können«, glaubten ebenfalls 47%, und gar nichts, auch 10%. Bürgerin-

initiativen haben sicherlich keinen höheren Stellenwert. Noch weniger glaubten, das man durch »Demonstrationen viel erreichen könne«, da waren es nur 28% und 26%, dass man damit gar nicht erreichen kann. Und auch bei den politisch Ungebundenen waren es auch nicht so überragend viele, nur 31% meinten, dass man durch Demonstrationen viel erreichen kann und 28%, dass man damit gar nichts erreichen kann. Wesentlich war auch die Frage, ob man »durch Streiks etwas erreichen kann«, 31% meinten, man kann damit viel erreichen, 25% meinten, gar nichts kann man erreichen. Nur ist dabei zu bedenken, das Arbeiter und Angestellte höhere Erwartungen an Streiks haben. Immer 42% aus dieser Gruppe meinten, dass man durch Streiks viel erreichen kann.

Es wurde den erwähnten 3.000 Befragten auch die Frage gestellt, »Warum sie nicht Mitglied einer Partei sind«. Die Antwortmöglichkeiten waren, »Die Parteimitgliedschaft würde mir persönlich nichts bringen«, und zu dieser Antwort bekannten sich 43%. »Dass die gegenwärtigen Parteien mir weltanschaulich nicht passen«, nannten 26% und zu »Als Mitglied einer Partei könnte ich auch nichts verändern oder verbessern«, dazu bekannten sich 35% und »Politik interessiert mich nicht«, nannten 15% als Grund, warum sie nicht Mitglied einer Partei werden wollen. Es gab aber auch noch die Möglichkeit die Antwort »Ich habe kein Vertrauen zu Politikern« zu wählen und das bejahten immerhin 44%. Bei jenen, die sich zu keiner Partei hingezogen fühlen, waren es sogar 53%.

Ein erfreuliches Bild zeichnet sich da nicht ab: Tendenziell ist eine deutliche Verschlechterung feststellbar, sowohl bei der Frage, »Als Mitglied einer Partei kann ich auch nichts verändern oder verbessern« bis hin zu »Habe kein Vertrauen zu Politikern«. Besonders hier können wir eine starke Verschlechterung feststellen und dabei ist zu bedenken, dass vor allem während der letzten Umfragerunde die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse aktiv waren.

FALSCHES ZIELE, UND DIE VERFEHRT

Diese so eifrig betriebenen Aktivitäten parlamentarischer Demokratie, die nun intensiviert werden sollen, haben ihre Ziele offensichtlich nicht erreicht. Es sei denn, das Ziel der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse der letzten zwei Jahre wäre gewesen, das Ansehen der Politiker bachab zu schicken. Die zwei Protagonisten, die Abgeordneten Pilz und Cap, sind in Umfragen der sws bei der Beurteilung »hochgeschätzte« und »abgelehnte Politiker« dramatisch ins Minus gerutscht.

1. Mehr darüber bietet das Buch von Horvath/Gutschik/Weinzierl (Hrsg.), Verhinderte und verzögerte Infrastrukturprojekte, Studienverlag 2007.

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse haben sich auf einem Gebiet ausgebreitet, das sie ruhig den Staatsanwälten überlassen hätten können. Sie waren eher ein Störfaktor und die Abgeordneten haben einander nur mit Dreck beworfen.

Für parlamentarische Untersuchungsausschüsse hätte es doch abseits der Rechtsfindung bedeutende Aufgaben gegeben. In den letzten Jahrzehnten gab es in Österreich politische Entscheidungen, denen gegenüber die Kritik am Portrait von Faymann in einer Werbebroschüre der Bundesbahnen ein astronomisches Ausmaß von Lächerlichkeit erreicht. Wieso hat die schwarz-blaue Regierung nicht eingegriffen, als das Bundesland Kärnten Haftung für 20 Milliarden für die Kreditgeschäfte der Hypo Alpe Adria übernommen hat? Welche politischen Kräfte sind verantwortlich dafür, dass bei der Behinderung des Ausbaus der Wasserkraft der österreichischen Volkswirtschaft ein Gewinn von vier Milliarden Euro entgangen ist? Aktuell wird der Bau von Mur-Kraftwerken behindert und was kostet das? Wie steht es mit der Verantwortung für die Kosten des Koralpen-Tunnels, den keiner braucht?

Wie steht es mit der Verantwortung des niederösterreichischen Landeshauptmannes für die Verhinderung des Semmering-Basis-Tunnels? Allein der Probestollen kostete 950 Millionen Euro. In all diesen und vielen anderen Fällen geht es um Milliardenbeträge für Fehlentscheidungen, die formal-demokratisch begründet waren¹. Aber niemand kümmert sich heute darum. Und das wäre ein Terrain, das die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse beackern sollten.

Albrecht Konečný hat in seinem Beitrag eine große Sympathie für die Durchflutung von allem und jedem mit Demokratie demonstriert. Natürlich mag es populär sein, jedem Wähler die Illusion zu verschaffen, er könnte mit den Instrumenten der direkten Demokratie großartiges bewirken. Ein Beispiel sind ja die Bürgerinitiativen und Volksbefragungen, mit denen die Wähler tatsächlich etwas bewirken wollen. Da zeigt sich aber auch, dass große Missverständnisse zu völlig absurden Ergebnissen führten.

Die letzte Bürgerbefragung war ja zum Problem der Landesverteidigung gestartet worden, und in Wirklichkeit haben die Wähler, die für die Beibehaltung der Wehrpflicht waren, nicht die Landesverteidigung, gegenüber wem auch immer, im Sinn gehabt, sondern es ging ihnen darum, dass die Zivildienstler weiterhin bereitstehen würden, wenn sie im Alter eine

Wie viel kann man erreichen durch ...

	man kann viel erreichen	man kann gar nichts erreichen
Mitarbeit in Organisationen	47%	10%
Beteiligung an Parlamentsparteien	37%	16%
Beteiligung an neuen Parteien	18%	32%
Bürgerinitiativen	47%	10%
Demonstrationen	28%	26%
Durch Streiks	31%	25%
Durch Streiks (nur Angestellte)	42%	21%
Leserbriefe	20%	28%
Vorsprache bei Abgeordneten	28%	20%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Demokratiemonitoring, Welle III, 2013 N= 1.000, Rest "weiß nicht"

Warum sind Sie nicht Mitglied einer Partei? (Mehrfachantworten möglich)

	Als Mitglied einer Partei könnte ich auch nichts verändern oder verbessern	Die Parteien die es gegenwärtig gibt, passen mir weltanschaulich nicht	Eine Parteimitgliedschaft würde mir persönlich nichts bringen	Politik interessiert mich nicht	Habe kein Vertrauen zu Politikern
<u>Demokratiemonitoring Welle I 2010/2011</u> n=831 (deklarierte Parteipräferenz)	26%	19%	30%	15%	34%
Ohne Parteipräferenz	24%	28%	30%	21%	57%
<u>Demokratiemonitoring Welle II 2011/2012</u> n=664 (deklarierte Parteipräferenz)	30%	28%	33%	18%	38%
Ohne Parteipräferenz	31%	34%	30%	21%	57%
<u>Demokratiemonitoring Welle III 2013</u> n=551 (deklarierte Parteipräferenz)	35%	26%	43%	15%	44%
Ohne Parteipräferenz	29%	30%	39%	22%	53%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Demokratiemonitoring, Welle I, II, III, 2010 - 2013

Betreuung oder Abholung von ihrer Wohnung und Heruntertragen über die Stiegen brauchen würden. Bei Volksbefragungen kommt oft etwas ganz anderes heraus, als gefragt wurde. Zum Beispiel wurde in der Schweiz gefragt, ob Minarette errichtet werden dürfen. Und es zeigte sich, dass gerade in jenen Kantonen, in denen es so gut wie keine Moslems gab, die Minarette am meisten abgelehnt wurden. Es stellte sich heraus, dass es in Wirklichkeit nicht die feindliche Einstellung gegenüber einer Religionsgemeinschaft war, sondern blanke Fremdenfeindlichkeit.


MEGAPROBLEME – MIKROLÖSUNGEN

Wir würden sehr dringend starke Parteien benötigen, denn vielen ist nicht bewusst, dass wir in Zukunft starke und stabile Regierungen brauchen werden und nicht nur ein Kasperltheater, wie es manche Medienmacher gerne hätten. Denn so etwas lässt sich natürlich schöner darstellen als Parteien, die nach interner Beratung und Koalitionsgesprächen dann einstimmig im Parlament Gesetze in die Welt setzen und Problemlösungen generieren.

Ein großes Problem für die Demokratie, genauer gesagt die parlamentarische Demokratie, hat Albrecht Konečný nicht berührt, obwohl sie jeden, der die Dinge beobachtet, mit großer Sorge erfüllen muss. Der Sozialstaat westeuropäischer Prägung hat sehr gut funktioniert, solange wir ein ausreichendes Wirtschaftswachstum von 2% bis 5% hatten.

Nun da das Wirtschaftswachstum gegen Null tendiert, einige Jahre lang im europäischen Rahmen auch ein Schrumpfen des Sozialprodukts festzustellen war, wird die Sache höchst problematisch. Natürlich konnte man sich einige Zeit durch Finanzierung des Sozialstaates, vor allem in einigen schwachen Ländern, Griechenland, Portugal, aber auch Spanien, Italien, aber auch in Österreich durch Finanzierung über internationale Anleihen helfen. Oder anders gesagt, durch Staatsverschuldung das Problem hinausschieben. Auf ewig geht das aber nicht und das stellt sicher eines der größten Probleme für die Sozialdemokratie. Dazu kommt aber auch noch, dass Reformen, die die Bevölkerung als Belastung empfinden, zur Abwahl einer Regierung führen, die solche Belastungen durchführen musste.

In stabilen Staaten schafft die Verwaltung ein passables Funktionieren des Gemeinwesens. Aber ohne Regierung geht es auf Dauer doch nicht – siehe Belgien. Um dann aber wieder regieren zu können, braucht es starke Parteien, ge-

schlossene Parteien, Parteien mit innerer Disziplin, die Niederlagen verkraften können. Mit solchen Parteien haben wir das Nachkriegselend überwinden und unseren Sozialstaat erreichen können. Und nicht mit den populistischen Ansätzen, von denen sich Albrecht Konečný so viel erwartet. 

HEINZ KIENZL

war langjähriger Generaldirektor und Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank und ist heute Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.

Vom Elend der Politikverdrossenheit

Wieso weist auch Österreich, das mit verhältnismäßig geringem Schaden durch die Krise gekommen ist, einen so hohen Grad an politischer Unzufriedenheit auf? Aus Sicht von Karl Czasny ist es der mangelnde Gestaltungsanspruch der Politik und die Bereitschaft, Verwalter eines permanent Probleme reproduzierenden Wirtschaftssystems zu spielen, die zum wachsenden Unbehagen führen.

Das in allen Altersgruppen und Wählersegmenten grassierende Unbehagen über den Zustand unseres politischen Systems hat viele Gesichter. Es begegnet uns in der Gestalt von Wutbürgern und Wahlverweigerern, spricht aus Zeitungskomentaren über die inhaltsleere politischer Sprechblasen, steht hinter verschiedensten Initiativen zur Verbesserung der Spielregeln der Demokratie und ist letztlich auch Basis sämtlicher Erfolge von populistischen Rattenfängern, die in immer neuen Maskierungen auftreten und dabei stets eine »ganz andere« Art der Politik versprechen.

All diesen unterschiedlichen Ausdrucksformen von oft bis zum Ekel gesteigerter Politikverdrossenheit liegt eine tiefsitzende Borniertheit zugrunde, die als solche nur sehr schwer erkennbar ist, weil sie sich hinter der Gestik von Empörung, Flucht und Aktionismus verbirgt. Um jene versteckte Engstirnigkeit des politischen Denkens der von der Politik Enttäuschten sichtbar zu machen, bedarf es eines kleinen Gedankenexperiments: Stellen wir uns für einen Augenblick ein politisches System vor, das zwar auf optimalen demokratischen Spielregeln fußt und von einer maximal intelligenten sowie minimal korrupten politischen Klasse getragen wird, seine Aufgabe aber nicht in der Lenkung sondern bloß in der bestmöglichen Verwaltung der Wirtschaft und ihres sozialen Überbaues sieht. Dabei zeigt sich sofort, dass eine solche in der Performance ideale aber in ihrem Gestaltungsanspruch beschränkte Politik notwendig scheitern muss, wenn sie es mit einem durch innere Widersprüche gekennzeichneten ökonomischen System zu tun hat. Denn eine derart inkonsistent strukturierte Wirtschaft reißt jeden noch so gut zugekleister-

ten Widerspruch immer wieder aufs Neue auf, sodass auch das beste Administrieren nie etwas anderes als ein Herumdoktern an den Oberflächensymptomen der ökonomischen Grundkrankheit sein kann.

Kehren wir vom Gedankenexperiment zur Wirklichkeit zurück, so wird niemand leugnen, dass der in sein globales Stadium eingetretene Kapitalismus durch eine ganze Reihe solcher prinzipiell unauflöslicher Antagonismen gekennzeichnet ist. Einer davon zeigt sich im Verteilungsdilemma. An seinem Beispiel ist die Chancenlosigkeit jeder sich bloß als Verwalterin der Ökonomie verstehenden Politik einfach zu verdeutlichen:

Das Verteilungsdilemma des Kapitalismus äußert sich unter anderem darin, dass ein durch die brutale Mechanik weltumspannender Konkurrenzkämpfe gesteuertes Wirtschaften die Bedürfnisse der Produzenten prinzipiell nie auch nur annähernd gleichmäßig befriedigen wird, sondern systematisch Gewinner und Verlierer erzeugt. Vor dem Hintergrund solcher ökonomischer Rahmenbedingungen werden alle Versuche eines einzelnen Staates, die Verluste der auf seinem Territorium beheimateten Verlierer auf Kosten der Gewinne seiner Sieger abzufedern, unbefriedigende Resultate ergeben. Denn jede allzu entschiedene Parteinahme für die Verlierer müsste die Position der Sieger des nationalen Konkurrenzkampfs im internationalen Wettstreit schwächen. Längerfristig würde daher eine solchermaßen auf den ersten Blick »effiziente« Politik die ökonomische Basis ihres künftigen Aktionspotentials untergraben und damit letztlich Opfer ihres eigenen Erfolgs werden. Eine auf das Verwalten der Ökonomie reduzierte Po-

litik wird unter diesen Bedingungen selbst im Fall höchster Effizienz neben gewissen Erfolgen auch laufend Misserfolge produzieren. Wenn aber selbst eine in jeder Hinsicht ideale politische Administration der kapitalistischen Marktwirtschaft notwendigerweise immer wieder scheitert, wie schlecht muss dann der Output eines politischen Systems mit sehr unzureichenden Spielregeln und sehr unintelligenten bzw. korrupten Politikern sein.

SPIELREGELN UNSERER DEMOKRATIE


Wenden wir uns nun der heimischen Politik zu, dann ist festzuhalten, dass die Spielregeln unserer Demokratie bloß durchschnittlich schlecht und unsere Politiker höchstens durchschnittlich unintelligent bzw. korrupt sind. Ja, es spricht sogar einiges dafür, dass sie etwas effizienter als die vieler anderer Länder agieren. Wie wäre es sonst möglich, dass Österreich besser als die meisten anderen europäischen Staaten durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise kam, gemeinsam mit Deutschland die geringste Jugendarbeitslosigkeit aufweist und über ein Transfersystem verfügt, das die Einkommensungleichheit stärker reduziert als die Transfersysteme fast aller übrigen EU-Staaten? Die Outputs unseres politischen Systems liegen daher vermutlich nicht extrem weit hinter den bestmöglichen Resultaten einer auf bloße Administration der Ökonomie beschränkten Politik.

Stünde der Grad der Unzufriedenheit der Wähler mit unserem politischen System und unseren Politikern in einem einigermaßen rationalen Verhältnis zu deren Leistung, würde man vor dem Hintergrund der vorangehenden Überlegungen eine zwar sehr deutliche Kritik, jedoch keine bis zum Ekel gesteigerte Politikverdrossenheit erwarten. Das aktuelle Ausmaß des Unbehagens geht mit anderen Worten weit über das Maß des Versagens der Politik hinaus.

Wir haben es hier also offensichtlich mit überschießender kritischer Energie zu tun. Woher kommt sie? Wo zielt sie hin? Und wieso nimmt sie die Gestalt einer diffusen Verdrossenheit an, die sich ihrer Grundlagen und Ziele nicht bewusst ist? Ich kann mir diese Rätsel nur damit erklären, dass sich die überschüssigen Anteile des Unbehagens mit der Politik nicht auf deren Performance beziehen, sondern den reduzierten Anspruch einer bloßen Verwaltung des bestehenden ökonomischen Systems betreffen. Ein derart beschränkter Gestaltungswille blendet die grundlegenden Systemfehler des kapitalistischen Wirtschaftens von vornherein aus dem politischen Prozess aus, und der sich von der Politik abwendende

oder über sie empörte Politikverdrossene fühlt die Erbärmlichkeit dieser Selbstbeschränkung. Er selbst jedoch ist ebenfalls nicht bereit, sich offen mit jenen aus der demokratischen Willensbildung eliminierten und damit tabuisierten Systemdefiziten zu konfrontieren, denn auch er ist auf vielfältige Weise an die herrschende Form des Wirtschaftens gebunden. Je stärker er aber seine eigene Prägung und Korruption durch die geltenden Spielregeln der Wirtschaft verdrängen muss, weil er Angst vor dem Wagnis des Neuen und vor dem Verlust der eigenen (oft nur äußerst bescheidenen) Privilegien hat, desto stärker werden seine auf die politische Klasse projizierten Gefühle der Empörung und des Ekels über deren Beschränktheit und Korruption.

Die Reintegration der fundamentalen Systemprobleme des Kapitalismus in den politischen Prozess ist natürlich in erster Linie Bringschuld aller sich als »links« verstehenden Parteien und Bewegungen, wobei von vornherein klar ist, dass diese Probleme angesichts einer global vernetzten Ökonomie nicht in einem einzelnen Land und schon gar nicht in einem Winzling wie Österreich angegangen oder gar gelöst werden können. Mit der Erweiterung der politischen Gestaltungsamitionen von bloßer Verwaltung in Richtung auf wirkliche Lenkung der Ökonomie müsste daher die Politik jener Linken einen entschieden stärkeren Akzent auf die internationale Perspektive ihrer Diskurse und Aktionen legen.

Der ins Haus stehende EU-Wahlkampf bietet einen aktuellen Anlass für eine solche Rückbesinnung auf den umfassenden Gestaltungsanspruch der Politik und dessen internationales Handlungsfeld. Nur dann allerdings, wenn diese Rückbesinnung nicht in hohler Wahlkampfrhetorik verpufft, sondern in eine nachhaltige Neupositionierung mündet, könnte es gelingen, ein Stück der ins Leere laufenden, tendenziell sogar destruktiven Empörung über die Politik in konstruktive Empörung über die etablierte Form des Wirtschaftens zu verwandeln. 

KARL CZASNY

ist Soziologe und u.a. beim
Stadt+Regionalwissenschaftlichen Zentrum (SRZ) tätig.

Tunesien: Frauenrechte müssen verteidigt werden

Auf ihrer dritten politischen Reise nach Tunesien seit dem »arabischen Frühling« setzte sich die Wiener Gemeinderätin Muna Duzdar vor allem mit dem Kampf der Frauen für eine gleichberechtigte Gesellschaft auseinander. Tunesien habe in dieser Frage eine außergewöhnliche Vorreiterrolle im arabischen Raum, umso vehementer sind die Angriffe der religiösen politischen Kräfte gegen die enormen Errungenschaften der tunesischen Frauen. Aktive Solidarität sei dringend erforderlich um einen enormen gesellschaftlichen Rückschritt zu verhindern und die Marginalisierung der tunesischen Frauen zu verhindern.

Im Juli 2013 reiste ich zum dritten Mal nach Ausbruch der Revolution im Dezember 2010 nach Tunesien. Kurzfristig und unbürokratisch konnte ich mit dem Bürgermeister von Tunis, Seifallah Lasram, zusammentreffen, um unser gemeinsames Anliegen des Ausbaus der Städtekooperation Wien – Tunis voranzutreiben. Derzeit gibt es vor allem auf kulturellem Gebiet Kooperationen, beim Aufbau einer effizienten Stadtverwaltung möchte man aber auch auf das Know-How europäischer Großstädte zurückgreifen. So stellt z.B. die Müllentsorgung eines der größten Probleme in Tunis dar. Recht schnell wird im Gespräch mit Lasram klar, dass es aber mehr als nur Wissenstransfer braucht, um die Lebensqualität in den tunesischen Kommunen zu verbessern. Die finanzielle Lage der Kommunen sei katastrophal, die fehlende demokratische Legitimation der Stadtverwaltung – die Bürgermeister werden nicht gewählt, sondern vom Innenministerium eingesetzt – beschränkten ihre Autorität.

TURBULENTE POLITISCHE UND SOZIALE LAGE

Tunesien befinde sich in einer schwierigen Lage: Neben den grundlegenden wirtschaftspolitischen Problemen – der Export des wichtigsten Rohstoffs Tunesiens, Phosphat, stocke, die landwirtschaftliche Produktion bleibe hinter ihren Möglichkeiten, der Tourismus lahme, der Schmuggel mit Konsumgütern blühe – treten sicherheitspolitische Schwierigkeiten. Der Sturz Gaddafis im Nachbarland Libyen habe zudem den Waffenhandel aufblühen lassen und die Region sicherheitspolitisch destabilisiert.

Das alte Regime habe zahlreiche Probleme hinter der Kulisse verborgen, viele Konflikte brächen nun gleichzeitig auf.

Lasram zeigt Verständnis dafür, gleichzeitig verweist er auf die Schwierigkeiten, die mit den nahezu täglichen Streiks und der Lahmlegung z.B. des öffentlichen Verkehrs in Tunis verbunden seien. Es bedürfe einer stärkeren Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaft. Statt jedes Partikularinteresse rücksichtslos und isoliert zu vertreten, brauche es Kooperation und Zusammenarbeit der verschiedenen Interessensgruppen. Man müsse die Wirtschaft wieder in Gang bringen, das erfordere auch größere Streikzurückhaltung.

Nach wie vor sei das politische System instabil. Das läge auch daran, dass die Parlamentswahlen immer weiter hinausgeschoben werden. Bisher sei nur eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt worden, diese sei merkbar ein Provisorium. Ohne Wahlen gebe es aber auch keine staatliche Autorität. Bei aller Kritik an den Fehlern der Verfassungsgebenden Versammlung betont Lasram allerdings auch, dass er die Entwicklung in Ägypten als Rückschritt betrachte. Er könne verstehen, dass vielen Menschen die Veränderung zu langsam vor sich gehe.

Auch in Tunesien ließen wirtschaftliche und soziale Fortschritte auf sich warten. Die Instabilität behindere die wirtschaftliche Entwicklung, die schwache wirtschaftliche Entwicklung trage wiederum zu politischer Instabilität bei. Trotzdem sei eine Rückkehr zu den alten Strukturen und zur Militärdiktatur keinesfalls eine Lösung, sie würden eine Demokratisierung auf lange Zeit verhindern, noch bevor sie richtig begonnen habe. Dabei brauche das Land grundsätzliche Reformen des Staates: Um Probleme des Alltags zu lösen, müssten Verwaltungsaufgaben dezentralisiert, gleichzeitig aber

auch die Kommunen entsprechend budgetär ausgestattet werden. Lasram betont mehrfach die Notwendigkeit, die Kommunalverwaltungen stärker demokratisch zu legitimieren.

DIE UNFT – EINE MASSENORGANISATION VON UND FÜR FRAUEN

Im Fokus meiner Reise stand aber diesmal die aktuelle Situation der Frauen in Tunesien. Neben der Organisation der demokratisch-tunesischen Frauen mit 10.000 Mitgliedern, der Rechtsanwältin und Politikerin Bochra Bel Haj Hmida, begegnete ich auch Vertreterinnen der Union Nationale des Femmes Tunisienne – UNFT (Nationale Union der Tunesischen Frauen). Unter Ben Ali stellte diese Organisation eine Art Regierungsinstitution für Frauen mit einem Apparat von hunderten Beschäftigten und hunderttausenden Mitgliedern dar. Die UNFT war 1956 gegründet worden und aus feministischen Bewegungen hervorgegangen, die in der Unabhängigkeitsbewegung den antikolonialen Kampf unterstützt hatten. Nach 1956 gab es von Seiten der Regierung eine Instrumentalisierung dieser regierungsnahen Frauenorganisation.

Ben Ali verabsäumte es auch nicht, sich mit »den Frauen seines Regimes« und deren Fraueneinrichtungen als Hort der Moderne zu schmücken. Trotz dieses politischen Makels kann die herausragende gesellschaftliche Bedeutung der UNFT und ihre besondere Stellung im gesamten arabischen Raum kaum überschätzt werden. Sie verfügt über ein enormes Netzwerk, sie betreibt Kindergärten, 25 Berufsausbildungszentren in den Branchen Textil, Holz und Lebensmittelerzeugung. Ein Pilotprojekt in der Region Fauchera widmet sich der Ausbildung in landwirtschaftlichen Fragen. Die Betriebe dienen dazu, Frauen aus- und weiterzubilden, die Arbeitslosigkeit unter ihnen zu bekämpfen, sowie den Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Die UNFT verfügt noch über 28 Regionalbüros, ihre Ausbildungsdiplome sind staatlich anerkannt. Auch betreibt die UNFT ein landesweites Alphabetisierungsprogramm für Frauen.

Sie zählt nach eigenen Angaben noch immer mehr als 100.000 Mitglieder. Ihre starke regionale Gliederung, ihre Einflussmöglichkeiten gerade auch in ländlichen Gebieten, macht sie zu einem potenziellen Machtfaktor. Das Ziel der UNFT war und ist nach wie vor laut Statut »die Interessen der Frauen solange zu verteidigen und zu vertreten bis die totale Gleichheit zwischen Mann und Frau erreicht ist«. Aus diesem Grund kam es nach dem Sturz Ben Alis auch in der UNFT zu Umbrüchen und teilweise sehr heftigen Ausein-

dersetzungen. Die mit Ben Alis PRC assoziierte Führungsriege musste zurücktreten. Unabhängige Frauengruppen, wie z.B. die AFTD (Vereinigung der demokratischen tunesischen Frauen), die in Opposition zum Regime gegründet worden waren, versuchten, eine politisch-religiöse Unterwanderung der UNFT zu verhindern und die Kontrolle über diese Organisation zu übernehmen. Nach der Revolution wurde dazu ein nationales Kollektiv von 60 Frauen gegründet, Frauen aus allen Bereichen, vor allem Gewerkschaftsfunktionärinnen und den Frauenkommissionen politischer Parteien, wobei v.a. in letzteren Frauen tendenziell auch marginalisiert sind. Dieser Zusammenschluss von Frauen, dieses sogenannte »Kollektiv« hielt eine Konferenz ab, auf der beschlossen wurde, die UNFT neu zu gestalten. Es wurde eine offene Wahl für die UNFT ausgeschrieben, alle Frauen konnten kandidieren. Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen, mit dem PRC-nahen Apparat einerseits und den Gerichten andererseits, konnte im Februar 2013 ein Kongress abgehalten werden, der einen tendenziell linken und fortschrittlichen neuen Vorstand wählte.

Wie auch für andere politischen AkteurInnen stellen die starken, gewachsenen Strukturen der UNFT für viele Frauen-NGOs einen wichtigen Ankerpunkt dar, um neben der partikularen Kampagnisierung spezifischer Interessen – es gibt seit der Revolution fast in allen Bereichen neue Frauenorganisationen zum Thema Adoption, Arbeitslosigkeit – direkten Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können.

MARGINALISIERUNG DER UNFT IST MARGINALISIERUNG DER TUNESISCHEN FRAUEN

Gerade aufgrund der durchaus beträchtlichen Bedeutung, versucht die derzeitige von der Ennahda (Muslimbrüder) dominierte Regierung, die UNFT auszuhungern, nachdem sie sie nicht selbst übernehmen konnte. Die aktuelle Rechtslage würde den Staat verpflichten, die NGO zu unterstützen, die Regierung hat aber trotzdem alle finanziellen Zuwendungen gekappt. Die Präsidentin und die Frauen aus dem Vorstand müssen nun ehrenamtlich versuchen, diese Institution aufrechtzuerhalten. Die UNFT versucht heute, mit den Einnahmen aus ihren Betrieben, die Organisation weiter über Wasser zu halten, sollte sich die Lage nicht verbessern ist allerdings absehbar, dass Beschäftigte gekündigt und Einrichtungen geschlossen werden müssen

Bei meinem Treffen mit der Präsidentin der UNFT, Radhia Jerbi, betonte diese die zentrale politische Bedeutung der UNFT für die politischen und sozialen Auseinandersetzungen

in Tunesien. Die Ennahda (Muslimbrüder) bekämpfe die UNFT deshalb so vehement, weil sie viele Frauen aus den unterentwickelten ländlichen Gebieten Tunesiens erreiche, die durch die UNFT Arbeit und/oder Ausbildung gefunden haben, gerade die ärmsten Frauen hätten von dieser Organisation profitieren können. Eine Marginalisierung der UNFT sei daher eine Marginalisierung der Frauen in Tunesien. Die soziale Exklusion gerade der bedürftigsten Frauen stimme mit dem Ziel der politischen Exklusion und der Schwächung linker und unabhängiger Frauenorganisationen überein, das von der Ennahda verfolgt werde.

Er UNFT komme auch deshalb so große Bedeutung zu, weil andere Frauenorganisationen, seien es neue NGOs oder bestehende Strukturen wie die AFTD, zwar eine wichtige Rolle spielten, sie aber nie über diese Massenstrukturen verfügt hätten und bis heute nicht verfügen, mit denen die UNFT im übertragenen Sinn auch das kleinste Dorf des Landes erreiche.

Sehr direkt brachte die ebenfalls als Anwältin tätige UNFT-Präsidentin, Radhia Jerbi, schon bei unserem ersten Zusammentreffen die politische Einschätzung der Lage der Frauen nach der Revolution auf den Punkt: »Wir, die Frauen, sind in der Revolution auf die Straße gegangen – auch wir Anwältinnen –, um für Meinungs- und Pressefreiheit einzutreten. Wir hätten niemals gedacht, dass man nach der Revolution, unsere Errungenschaften für die Frauen in Frage stellen würde und wir wieder über Polygamie, Gewohnheitsehe, und Abtreibungsverbot diskutieren müssen, Dinge, die wir für längst überwunden geglaubt haben.« Immer mehr setzt sich das Bewusstsein durch, dass es ein Irrtum war zu glauben, schon am Ziel der Kämpfe angelangt zu sein. Vielmehr stellen Frauenorganisationen fest, dass der Kampf für die Verteidigung und Durchsetzung der Rechte von Frauen jetzt erst richtig begonnen hat.

NEUE KULTURELLE FREIHEIT

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass ich das *Festival International de Carthage* (Karthago Festival) mehrmals besuchte. In der geschichtsträchtigen großen Arena mit 15.000 Sitzplätzen wurden politische Theaterstücke inszeniert. »Tsunami« – ein Stück, das mehr einem politischen Manifest gegen religiösen Fundamentalismus gleich kam als einem Theater und »Monstranum's«, ein Stück, indem die rückgratlosen und opportunistischen Monster dargestellt wurden, die unter Ben Ali seine treue Anhänger waren und sich jetzt mit den neuen po-

litischen Gegebenheiten gut arrangiert haben, beeindruckten mich.

DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER TUNESISCHEN FRAUEN VERTEIDIGEN

Das arabische Land Tunesien lernte ich erst nach dem Ausbruch der Revolution im Dezember 2010 kennen. Ich neige dazu, es mit den bisher mir bekannten arabischen Ländern des Nahen Ostens zu vergleichen, nämlich mit Jordanien, Libanon und Palästina. Es steht für mich nach allen gewonnenen Eindrücken außer Frage, dass Tunesien in vielen Bereichen Ländern wie Jordanien und dem Libanon überlegen ist, insbesondere bei der Gleichstellung der Geschlechter, beim Zugang zu einer guten öffentlichen Bildung, aber auch wirtschaftlich. Natürlich darf man v.a. bei letzterem die Schäden der vielen Kriege und Bürgerkriege nicht außer Acht lassen.

Aber gerade die Rolle von Frauen in der Gesellschaft demonstriert, wie weit Tunesien anderen arabischen Ländern voraus ist und wieviel hier auf dem Spiel steht. Der Vergleich mit dem Libanon, der in der Frauenfrage als ein »modernes« Land des arabischen Raums gilt, macht das deutlich. Nach wie vor hat der »moderne« Libanon kein einheitliches Personenstands-, Familien- und Erbrecht, die Menschen sind dem Recht ihrer religiösen Institutionen unterworfen sind. Das hat z.B. zur Folge, dass Menschen mit unterschiedlichen Religionen nicht im Libanon heiraten können – und das in einem Land mit 16 verschiedenen Religionsgemeinschaften!

Demgegenüber ist die Säkularisierung und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in Tunesien weit fortgeschritten, schließlich stand die Frauenfrage seit der politischen Unabhängigkeit im Jahr 1956 immer ganz oben auf der politischen Agenda. Habib Bourgiba, der erste Präsident des unabhängigen Tunesiens, und viele seiner MitstreiterInnen erkannte, dass es keinen Fortschritt in einer Gesellschaft geben könne ohne die rechtliche Gleichstellung der Frau. Die Gleichberechtigung der Frau war deshalb in den öffentlichen politischen Diskursen über Jahrzehnte immer ein zentrales Thema gewesen. Natürlich hat der Polizeistaat Ben Ali die Frauen benutzt, um das repressive Wesen dieses Staates hinter einer Fassade der gesellschaftlichen Moderne zu kaschieren. Das hat sicherlich auch dem Kampf für die Rechte der Frauen Schaden zugefügt.

Nichtsdestotrotz ist nicht zu übersehen, wieviel für die Frauen – nicht nur in den Städten, sondern auch am Land


– auf dem Spiel steht, um nicht um bereits erreichte Möglichkeiten, ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben gebracht zu werden. In einer palästinensischen Familie aufgewachsen, habe ich Nordafrika (bis auf Ägypten und den Panarabismus) politisch kaum wahrgenommen. Mein Staunen über Tunesien fiel mit jeder weiteren Reise stärker aus. Noch nie habe ich so emanzipierte Frauen in der arabischen Welt erlebt, wie ich sie in Tunesien erlebt habe. Die jahrzehntelange gesellschaftliche Verankerung des Gleichstellungsthemas, das Bestehen mitgliederstarker und ressourcenreicher Frauenorganisationen mit zahlreichen sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen bietet eine einmalige Struktur, um für die Interessen von Frauen zu kämpfen. Es ist offensichtlich, dass es diese Stärke ist, die die rechten, polit-religiösen Kräfte dazu veranlasst, den Kampf gegen die Gleichstellung und die Frauen selbst mit aller Vehemenz zu führen. Diese Auseinandersetzung, in der sich Tunesien befindet, geht auch uns an und erfordert aktive Solidaritätsmaßnahmen.

POLITISCHE INSTABILITÄT HÄLT AN

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass während meines Aufenthaltes im Juli 2013, ein linker Oppositionspolitiker, Mohamed Brahimi, auf offener Straße ermordet wurde. Es war der zweite linke Oppositionspolitiker gewesen nach Chokri Belaid, der ein paar Monate davor ebenfalls erschossen wurde. Ich nahm am Trauerzug des ermordeten Mohamed Brahimi teil und konnte eine emotional aufgebrachte Menschenmasse erleben, die zu mehren Tausenden mitten in der Fastenzeit bei brennender Hitze dem Trauermarsch am Friedhof folgte. Auch diesmal kam die von der Ennahda geführte Regierung in Bedrängnis und Argumentationsnotstand. Der Vorwurf an diese war, dass diese zumindest allein deswegen den Tod dieser Politiker zu verantworten hat, weil sie beide Politiker, nicht ausreichend geschützt haben, obwohl diese mehrmals mit dem Tod bedroht worden waren und um Polizeischutz angesucht hatten.

Das einzige was offiziell von der Regierung kam, war, dass man herausgefunden hatte, dass der Mord auf dieselbe Art und Weise erfolgte wie bei Chokri Belaid und dahinter vermutlich Salafisten stehen. Auch wenn die Regierung offiziell gegen die Salafisten vorzugehen behauptet, schilderte mir ein regionaler Oppositionspolitiker, wie unterschiedlich die Regierung gegen diese Extremisten einerseits, und unabhängige und Linke andererseits vorgehe. Während der mutmaßliche Attentäter trotz einschlägiger Vordelikte und mehrjähriger Haftstrafen in Frankreich unbehelligt den Mordanschlag vor-

bereiten konnte, sitze seit Monaten ein Mädchen in Untersuchungshaft, das den Namen der aktivistischen Frauenorganisation »Femen« an eine Häuserwand gesprayed habe.

Um einem Aufruhr in Tunesien vorzubeugen, gab die tunesische Regierung bekannt, die Wahlen im Dezember 2013 abhalten zu wollen. Das war im Juli 2013. Heute ist der Wahltermin wieder in weitere Ferne gerückt worden. Das Festhalten an der Regierungsmacht und die Angst vor Verlusten scheint auch bei den kleinen säkularen Parteien, wie der Sozialdemokraten und den Republikanern groß zu sein. 

MUNA DUZDAR

ist Rechtsanwältin und Abgeordnete
zum Wiener Landtag und Gemeinderat.



Meine „Hommage à Kremser Schmidt“ soll Reli-
Patriarchats in Frage stellen und zugleich ei-
ihre Selbständigkeit ringenden Künstlerinnen

Margot Pilz, *Hommage à Kremser Schmidt*, 1979
Schwarzweißfoto | black-and-white photograph, 84 x 110 cm



märz 1979 Margot Pilsz

gionsvorstellungen der
ne Widmung an die um
en sein

Die Geschichte von Henry Ford¹ und seinen Kindern

Für Erhard Glötzl sind die Argumente für eine Keynesianische Marktwirtschaft so einsichtig, dass sie auch ein Kind verstehen könnte. Wohl auch deshalb hat er für seinen Essay die Form eines Kunstmärchens gewählt, um zu demonstrieren, welche katastrophale Folgen es hat, wenn man den Unterschied zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie nicht versteht, die Brisanz von Konsumkrediten unterschätzt und wenn man nicht weiß, wie man aus einem Gefangenendilemma herauskommt.

Henry Ford war ein kluger Mann. Darum baute er mit Hilfe seiner Arbeiter seine Autos sehr effizient. Und weil er sehr klug war, verstand er – im Gegensatz zu vielen anderen – vor allem auch den Unterschied zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie². Daher wusste er vor allem zwei Sachen:

1. Ich muss meine Arbeiter gut bezahlen, denn sonst haben die Arbeiter kein Geld, um meine Autos zu kaufen.
2. Ich muss dem Staat ordentlich Steuern zahlen, denn sonst hat der Staat kein Geld, um Straßen für meine Autos zu bauen.

Henry Ford und seine Arbeiter waren ein Team und bauten daher immer bessere und immer mehr Autos. So lebten sie glücklich und zufrieden bis Henry Ford starb und die Kinder des Henry Ford seine Firmen übernahmen. Die Kinder des Henry Ford waren aber nicht so klug wie ihr Vater, dafür aber umso gieriger. Vor allem aber verstanden sie nicht den Unterschied zwischen Mikroökonomie und Makroökonomie.

Sie dachten: Warum sollen wir eigentlich unsere Arbeiter gut zahlen? Warum sollen wir eigentlich dem Staat so viele Steuern zahlen? Das hat unser Vater doch nur getan, damit die Arbeiter seine Autos kaufen können und der Staat Straßen für die Autos bauen kann. Es ist doch viel besser für uns, wenn wir dem Staat das Geld zum Bauen der Straßen und den Arbeitern das Geld zum Kaufen der Autos nicht als Steuer und Lohn geben sondern nur als Kredit leihen. Dann kann doch der Staat die Straßen mit dem geliehenen Geld bauen und die Arbeiter können unsere Autos mit dem geliehenen Geld kaufen! Und wir sparen uns viel Geld und bekommen zusätzlich noch Zinsen dafür.

Gesagt getan. Sie bauten Autos, aber sie zahlten ihre Arbeiter so schlecht, dass die Löhne nicht reichten, um damit auch Autos kaufen zu können. Die Arbeiter aber murrten nicht, weil sie ja mit dem geliehenen Geld trotzdem weiter Autos kaufen konnten und sich ihr Lebensstandard daher eigentlich gar nicht verschlechterte.

Und sie zahlten dem Staat keine Steuern für den Bau der Straßen. Der Staat murrte freilich auch nicht, weil er ja mit dem geliehenen Geld trotzdem weiter Straßen bauen konnte. Und wegen des 1. Hauptsatzes der Volkswirtschaftslehre³ waren die Schulden von Staat und Arbeitern gleich hoch wie die Guthaben der Kinder des Henry Ford.

So lebten die Kinder des Henry Ford, die Arbeiter und der Staat glücklich und zufrieden bis die Kinder eines Tages die Schulden ihrer Arbeiter eintreiben wollten, weil sie sich jeweils Schlösser statt ihrer schönen Häuser bauen wollten.

Als sie aber an die Arbeiter herantraten und ihr Geld zurückforderten, sagten diese wegen des Fundamentalunterschieds zwischen Konsum- und Investitionskredit⁴: »Wir haben kein Geld dafür, weil ihr uns zu wenig Lohn zahlt und deshalb können wir die Schulden nicht zurückzahlen.« Da sagten die Kinder des Henry Ford: »Wir sind die Leistungsträger. Ohne uns gäbe es keine Fabriken und ihr hättet keine Arbeit und keine Autos. Ihr habt über eure Verhältnisse gelebt und darum seid ihr selbst schuld an euren Schulden.«

Die Arbeiter antworteten: »Wir waren es doch, die die Autos gebaut haben und ohne uns hättet ihr niemanden ge-

habt, der eure Autos gekauft hätte.« Diese Antwort wollten die Kinder des Henry Ford nicht hören. Sie sagten vielmehr: »Wir haben ein Recht auf unser Geld. Und wenn ihr kein Geld habt, um die Schulden zu bezahlen, dann machen wir eben eine Sparpolitik⁵: Wir zahlen euch noch niedrigere Löhne und wenn das nicht reicht nehmen wir euch eure Häuser weg und wenn das nicht reicht müsst ihr uns euren Körper geben und als Sklaven dienen.«

Gesagt getan, denn sie hatten ja die Macht⁶ dazu. Weil die Arbeiter aber nun wegen der Sparpolitik noch weniger Geld hatten, konnten sie dann gar keine Autos mehr kaufen. Infolgedessen konnten die Kinder des Henry Ford dann aber auch keine Autos mehr verkaufen und deshalb bauten sie daraufhin auch gar keine Autos mehr. Das alles nannte man Deflationsspirale⁷.

Die Guthaben der Kinder des Henry Ford und die Schulden von Arbeitern und Staat wuchsen aber durch die Zinseszinsen und wegen des Hauptsatzes über die Instabilität dynamischer Systeme⁸ trotzdem weiter.

Weil sie aber nun durch den Bau von Autos ihr Geld nicht weiter vermehren konnten, gingen sie ins Casino⁹ und versuchten ihr Geld, also ihre Guthaben, durch Wetten zu vermehren. Dies führte aber nur dazu, dass einige noch mehr Guthaben anhäuferten und andere sich tief verschuldeten.

Aber letztlich waren alle ihre Guthaben uneinbringlich, weil weder die Arbeiter noch die Verlierer der Wetten genug Geld hatten, um ihre Schulden zu begleichen. Da erkannten die Kinder des Henry Ford mit einem Mal, dass sie alle pleite¹⁰ waren.

All das stürzte das Land in eine tiefe Krise¹¹, große Verzweiflung machte sich breit und das Volk begann zu murren. Das Volk murrte so lange, bis Maharadscha, sein ältester Sohn, seinen Priestern befahl, das Volk durch Gehirnwäsche und mit psychischer Gewalt zu besiegen. Daher erfanden die Priester eine neue Religion und sagten dem Volk: »Ihr seid in die Kaste der Unberühmbaren geboren worden, weil ihr in eurem vorhergehenden Leben gegen den großen Gott gesündigt habt. Deshalb müsst ihr in diesem Leben ohne Lohn arbeiten, dann erst wird es euch in eurem nächsten Leben besser gehen.«

Das Volk hatte Angst vor dem großen Gott, obwohl es eigentlich nichts mehr zu verlieren hatte. Es fügte sich seinem

traurigen Schicksal und baute fortan für die Maharadschas immerfort die gleichen Schlösser. Nichts änderte sich über die Jahrtausende, die Schlösser wurden nicht besser und die Unberühmbaren lebten in unsäglichem Leid.

Anderswo murrte das Volk solange, bis Cäsar, sein zweitältester Sohn, seinen Truppen befahl, dem Volk nicht das Hirn zu waschen sondern mit Waffen-Gewalt zu besiegen. Statt seine Arbeiter gut zu bezahlen, zahlte Cäsar seine wenigen Söldner gut und kaufte die besten Waffen. Das Volk dagegen musste allein mit seinen bloßen Händen kämpfen, dafür aber hatte es sehr viel mehr Kämpfer. Weil die Kräfteverhältnisse somit ausgewogen waren, erstickten letztlich alle im eigenen Blut.

Wieder anderswo, da murrte das Volk solange, bis die Arbeiter Tertius, seinen drittältesten Sohn, verjagten. Sie versuchten alsdann, die Fabrik von tertius auf alle Arbeiter aufzuteilen, sodass jeder einzelne Arbeiter für sich alleine Autos bauen konnte. Sie nannten das »Zunftwesen«¹². Ohne die Arbeitsteilung in der Fabrik aber war das sehr mühsam und sie konnten nur wenige Autos bauen.

ERKANNTEN DEN FEHLER

Später erkannten sie diesen Fehler, verjagten wieder einen Sohn und behielten die großen Fabriken für sich selbst. Weil sie den Sohn aber verjagt hatten, hatten sie niemanden mehr für die Leitung ihrer großen Fabriken und planten daher den Bau der Autos und aller anderen Dinge selber. Sie nannten das »Planwirtschaft«. Weil es dann aber keinen Wettbewerb mehr zwischen den Fabriken gab und niemand mehr einen Anreiz hatte, etwas besser zu machen und die Planung aller Abläufe sie überforderte, bauten sie nur wenige und schlechte Autos und über die Jahre verbesserte sich nichts.

Wiederum anderswo, da murrte das Volk, solange bis Sophia, seine jüngste Tochter sah, was ihre Brüder angerichtet hatten. Da erinnerte sie sich an ihren Vater und sprach mit den Arbeitern. Die Arbeiter sagten: »Mach es doch wie dein Vater und zahle uns gute Löhne, damit wir deine Autos kaufen können« Sie aber sagte: »Was nützt es mir, wenn ich euch gut zahle. Ihr werdet dann wohl nicht meine Autos mit diesem Geld kaufen, sondern die Fernseher, die mein Bruder produziert?«

Und ihr Bruder sagte das gleiche zu seinen Arbeitern: »Was nützt es mir, wenn ich euch gut zahle. Ihr werdet dann

wohl nicht meine Fernseher mit diesem Geld kaufen, sondern die Autos, die meine Schwester produziert?»

Da waren alle ratlos ob dieses Dilemmas. Sophia wurde von ihrem Vater aber nicht ohne Grund Sophia genannt, denn Sophia ist der Name der Göttin der Weisheit. Und so war Sophia so klug zu wissen, dass sie nicht alles selber wissen könne. Sie berief daher den Rat der Weisen ein, ihr eine Lösung für dieses Dilemma zu vorschlagen.

Nach langen Beratungen sprach der Weisenrat zu Sophia: »Ihr seid alle in einem Gefangenendilemma. Wenn in einem Gefangenendilemma jeder nur an sich selbst denkt und nur das tut, was für ihn selber das Beste ist, dann kommt für jeden Einzelnen insgesamt die schlechteste Lösung heraus. Denk nur daran, was deine Brüder in der Vergangenheit angerichtet haben.« Sophia fragte: »Aber wie komme ich aus diesem Gefangenendilemma heraus? Wie kann ich es erreichen, dass nicht nur ich, sondern auch meine Brüder ihre Arbeiter gut zahlen?«

Da sprach der Weisenrat: »Um aus einem Gefangenendilemma herauszukommen, müssen zu allererst alle begreifen, dass sie sich in einem Gefangenendilemma befinden und dann müssen Kooperationsverträge geschlossen werden. Und für diese Verträge gibt es in eurem Fall zwei Möglichkeiten. Sie können abgeschlossen werden über eine »produktivitätsorientierte Lohnpolitik«¹³. Das heißt, ihr zahlt so viel Lohn, dass die Arbeiter die Autos und die Fernseher auch ohne Kredit kaufen können.

Oder ihr beschließt »progressive Vermögenssteuern«¹⁴: Das heißt, wenn deine Brüder aus »Wettbewerbsgründen« eine solche Vereinbarung nicht treffen wollen, dann muss eben der Staat ein Gesetz beschließen, dass er das Geld, das eigentlich die Arbeiter bekommen sollten, von dir und deinen Brüdern als Steuer einhebt, und dieses Geld dann an die Arbeiter in der Form von direkten Zuschüssen oder Lohnsteuersenkungen weitergibt. Dann haben die Arbeiter wieder genug Geld, deine Autos und die Fernseher deiner Brüder ohne Kredite zu kaufen. Progressiv müssen die Vermögenssteuern sein, damit der Wohlstand in eurem Land wieder gerechter verteilt wird.

Darüber hinaus müsst ihr alle begreifen, dass Wohlstand nur durch den Bau von Autos (also in der Realwirtschaft) geschaffen werden kann und nicht durch Wetten um Geld (in der Finanzwirtschaft). Verbiete daher das Wetten um Geld,

denn es treibt nur eine Kluft zwischen die Gewinner und Verlierer der Wetten.«

Sophia war froh und sagte: »Ja, das wollen wir so machen. Aber was geschieht mit meinen Guthaben und den Schulden der Arbeiter. Wie werden sie mir die Schulden zurückzahlen?«

Die Weisen antworteten: »Die hohen Priester des Kapitals haben euch allen durch geschickte Wahl der Worte glauben gemacht, dass derjenige, der GUTHABEN hat, GUT ist und derjenige, der SCHULDEN hat, SCHULDIG ist.«

Und dann brachten sie ein Gleichnis: »Vor 2600 Jahren gab es in Athen 10 000 hochverschuldete Bauern und Sklaven und nur mehr 200 »freie Bürger«. Um den drohenden Bürgerkrieg zu vermeiden, hat damals Solon der Weise einen Guthabenschnitt¹⁵ in friedlicher Form durchgesetzt, was gleichzeitig (wegen des 1. Hauptsatzes der Volkswirtschaftslehre) einen Schuldenerlass bedeutete. Darüber hinaus hat er alle Sklaven in die Freiheit entlassen und mit einer Landreform das Vermögen neu und gerechter verteilt. Gehet hin und tut seinesgleichen.«

Und dann brachten sie noch ein Gleichnis: »Wenn dein Auto wegen überhöhter Geschwindigkeit droht, ins Schleudern zu geraten, dann weißt du ganz genau was du im Krisenfall auf keinen Fall machen darfst: Niemals darfst du alle vier Räder gleichzeitig blockieren. Das wäre dein sicherer Tod, denn schockartige Maßnahmen führen in Krisensituationen zu noch schlimmeren Situationen. (Gerade um dies zu verhindern, haben die Konstrukteure in Autos ja ein Antiblockiersystem (ABS) eingebaut.

Niemals darfst du auch nur mit dem linken Vorderrad allein bremsen. Das wäre dein sicherer Tod, denn einseitige Maßnahmen führen in Krisensituationen immer zu noch schlimmeren Situationen. Gerade um dies zu verhindern, haben die Konstrukteure in Autos ja ein elektronisches Stabilitätsprogramm (ESP) eingebaut. Und wenn du deine Geschwindigkeit soweit reduziert hast, dass du wieder sicher unterwegs bist, dann passe deine Geschwindigkeit an die Geschwindigkeit der anderen Autos an. Gerade um dies zu erreichen, haben die Konstrukteure in Autos ja einen dynamischen Tempomat (DTM) eingebaut.

Da waren Sophia und das Volk froh und dankbar für diesen weisen Rat. Gesagt getan: Alle Spielcasinos¹⁶ wurden ge-

schlossen und die Spielschulden und Spielguthaben für null und nichtig erklärt. Alle Schulden der Arbeiter und des Staates und alle Guthaben von Sophia und ihren Brüdern wurden friedlich und in geordneter Weise durch einen nach Art des ABS auf viele Jahre verteilten, kontinuierlichen Guthabenschnittes/Schuldenerlasses abgebaut.

Sophia und das Volk nutzten ihre Mehrheit in den nationalen Parlamenten, um nach Art des ESP progressive Vermögenssteuern¹⁷ für alle Formen von Vermögen und Einkommen aus Vermögen zu beschließen.

Sophia und das Volk nutzten ihre Mehrheit in den nationalen Parlamenten auch, um nach Art des DTM eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu beschließen.

Als dadurch die Wirtschaft wieder wie bei Sophias Vater, dem alten Henry Ford, erblühte und alle in Frieden und Wohlstand miteinander leben konnten, waren auch ihre Brüder, die sich am Anfang sehr dagegen gewehrt hatten, froh und dankbar.

DIE KRISE VERHINDERN

Um die Krise ihres Euro-Geldes zu verhindern, nutzten Sophia und das Volk auch im europäischen Parlament ihre Mehrheit und beschlossen eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik für ganz Europa. Denn in den Nordstaaten zahlten die Brüder von Sophia ihre Arbeiter so schlecht, dass die Arbeiter nicht genug Geld hatten, um damit alle Autos und Fernsehapparate, die in den Nordstaaten produziert wurden, auch zu kaufen. Weil die Brüder Exportweltmeister werden wollten, gaben sie aber nicht ihren Arbeitern in den Nordländern Kredite, um die überschüssigen Autos und Fernseher zu kaufen, sondern gaben den Bewohnern der Südländer Kredite, um die überschüssigen Autos und Fernseher zu kaufen und in Wohlstand leben zu können.

Der kurzfristige Wohlstand der Südländer stand aber auf wackeligen Beinen. Denn die Kredite waren weniger eine Hilfe als vielmehr ein Danaer-Geschenk an die Südländer. Dadurch sind nämlich die Schulden der Südländer und die Guthaben der Nordländer immer weiter gestiegen, bis die Nordländer und die Südländer beinahe wie zu Cäsars Zeiten im eigenen Blut ertrunken wären. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik aber führte nunmehr zu höheren Löhnen in den Nordländern, sodass die Arbeiter alle Autos und Fernseher, die sie produziert hatten, auch kaufen konnten und die

Schulden der Südländer und die Guthaben der Nordländer nicht noch weiter wuchsen.

Um den Südländern tatsächlich zu helfen, nutzten Sophia und das Volk im europäischen Parlament ihre Mehrheit, um einen Marshallplan für die Südländer zu beschließen, damit diese ihre Produktivität steigern konnten, genauso wie dies Amerika für das nach dem großen Krieg zerstörte Europa getan hat. Dazu beschlossen sie eine Steuer für die vermögenden Nordstaaten und nannten das Transferunion. Die Einnahmen aus dieser Steuer verwendeten sie aber ausschließlich für direkte Investitionskredite und nur für ganz konkrete produktivitätssteigernde Maßnahmen in den Südländern. Ganz besonders wichtig dabei aber war, dass diese Gelder nicht direkt in das Staatsbudget flossen, keinesfalls an Banken flossen und keinesfalls für Konsumkredite vergeben wurden.

Als dadurch die Wirtschaft in ganz Europa erblühte und alle Länder Europas miteinander in Frieden und Wohlstand leben konnten, waren auch die Nordländer, die sich alle am Anfang sehr dagegen gewehrt hatten, froh und dankbar.

Und wenn Europa nicht gestorben ist, dann lebt es wohl noch heute.

Und die Moral aus der Geschichte? Wer aus der Geschichte nicht lernt, muss sie wiederholen! 

ERHARD GLÖTZL

ist Vorstandsdirektor der LINZ AG i.R. und ist heute u. a. als
Lektor für Finanzwirtschaft an der Donau-Universität Krems tätig.

1. Das Märchen ist vom Ausspruch »Ich muss meine Arbeiter gut zahlen, sonst haben sie kein Geld meine Autos zu kaufen« inspiriert. Dieser Ausspruch wird Henry Ford zugeschrieben. Keineswegs soll durch das Märchen zum Ausdruck gebracht werden, dass alles gut war, was der echte Henry Ford gesagt und getan hat.
2. Im Gegensatz zur Mikroökonomie sind in der Makroökonomie viele der Variablen durch Bilanzierungsidentitäten miteinander verknüpft. Das hat zur Folge, dass jede Änderung einer Variablen zwangsweise auch zur Änderung von irgendwelchen anderen Variablen in dieser Bilanzierungsidentität führt. Daher ist es in der Makroökonomie unmöglich und daher auch unzulässig, nur die Änderung einer einzigen Variablen unter der Annahme »ceteris paribus«, d.h. unter gleichzeitiger Konstanzhaltung aller anderen Variablen zu betrachten. Gegen dieses unumstößliche Prinzip wird in der Praxis leider sehr oft verstoßen, was zu vielen Fehlschlüssen führt. Eine Makroökonomie funktioniert eben nicht so, wie sich eine schwäbische

Hausfrau das für ihren Haushalt vorstellt.

Dieses Prinzip ist gleichbedeutend damit, dass makroökonomisch meist in Kreisläufen gedacht werden muss, bzw. damit, dass es in der Makroökonomie Erhaltungsgrößen gibt, die über die Zeit unveränderlich bleiben. Zum Beispiel ist die Differenz zwischen der Summe der Schulden und der Summe der Guthaben eine Erhaltungsgröße. Diese Differenz ist nach dem 1. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre in einer abgeschlossenen Volkswirtschaft stets unveränderlich und gleich Null, weil die Summe der Schulden stets gleich hoch ist wie die Summe der Guthaben (siehe Fußnote 3)

3. Der 1. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre besagt: »in einer abgeschlossenen Volkswirtschaft ist die Summe aller Schulden stets gleich hoch wie die Summe aller Guthaben«
4. Zwischen Investitionskrediten und Konsumkrediten gibt es folgenden fundamentalen Unterschied:
 - Investitionskredite erhöhen die Produktivität und führen zu Wirtschaftswachstum. Daraus können Abschreibungen und Zinsen finanziert werden.
 - Konsumkredite erhöhen die Produktivität nicht und führen daher zu keinem Wirtschaftswachstum. Sie können daher nur durch späteren Konsumverzicht (oder aus der Substanz (Besicherung)) bedient werden. Ein Übermaß
5. Die katastrophalen ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer Sparpolitik erkennt man in der Vergangenheit an den verheerenden Wirkungen der Sparpolitik des deutschen Reichskanzlers Brüning (1930–1933, »Ich werde mich bis zum letzten dagegen wehren, irgendeine inflatorische Maßnahme irgendeiner Art zu treffen...«); in der Gegenwart an den verheerenden Auswirkungen der Sparpolitik der Troika in Südeuropa.
6. Die Machtverhältnisse spielen in der Ökonomie eine ganz wesentliche Rolle. Durch die Machtverhältnisse wird bestimmt, in welche Richtung ökonomische Prozesse ablaufen.
7. Wenn alle sparen, sinkt die aggregierte Nachfrage, sodass die Wirtschaft in einer Deflationsspirale schrumpft.
8. Hauptsatz über die Instabilität dynamischer Systeme: Positive Rückkopplungen (wie z.B. konstante Zinsraten) führen zu exponentiellem Wachstum und damit in allen realen Systemen letztlich zum Zusammenbruch, weil exponentielles Wachstum in beschränkten Systemen nicht dauerhaft möglich ist.
9. Die heute im Casino der Finanzwirtschaft betriebenen Finanzwetten tragen nur in einem sehr geringen Umfang zu einer Effizienzsteigerung der Wirtschaft bei. Sie führen vor allem nur zu einer Umverteilung: Die schlechter Informierten verlieren bei den Wetten zu Gunsten der besser Informierten, die Fleißigen zu Gunsten der Mächtigen.
10. Heute wären in Summe alle Banken bei Bilanzierung nach dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip pleite, weil die Ansprüche aus den Passiva der Banken durch die Einkünfte aus den Aktiva nicht mehr gedeckt werden können. Dies konnte jedoch lange Zeit verschleiert werden, weil die heutigen Bilanzierungsvorschriften (z.B. IFRS) einen viel zu weiten Ermessensspielraum bei der Erstellung der Bilanzen lassen. Wie die laufend höher werdenden Berechnungen für den Rekapitalisierungsbedarf der Banken zeigen, scheint aber heute die Zeit gekommen zu sein, wo sich dies nicht noch länger verschleiern lässt.
11. 2. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre: In einer geschlossenen Volkswirtschaft wachsen die Summe aller Guthaben und die Summe aller Schulden – ohne Staatseingriffe (!) oder geordnete Insolvenzen – annähernd exponentiell. Sie können nur durch unerwünschte Ausnahmezustände wie Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Guthabenschnitt/Schuldenerlass, Hyperinflation, Währungsreform oder Krieg abgebaut werden.
12. Das Zunftwesen ist charakterisiert durch die vollständige Regulierung von Kapital und Kapitaleinkommen.
13. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik führt dazu, dass die Arbeits-einkommen und die Kapitaleinkommen gleich rasch wie die Wirtschaft

wachsen. Sie führt zu einem dauerhaften stabilen Wirtschaftswachstum.

Sind dagegen die Lohnzuwachsrate dauerhaft niedriger als Wachstumsrate der Wirtschaft, wachsen die Kapitaleinkommen auf Dauer rascher als die Wirtschaft, was dazu führt, dass die die Summe der Arbeitseinkommen ab einem gewissen Zeitpunkt dauerhaft immer weiter sinken muss. Ab diesem Zeitpunkt kommt es zunehmend zu ökonomischen und gesellschaftlichen Instabilitäten, die letztlich in einer allgemeinen Krise enden müssen.

14. Unter dem allgemeinen übergeordneten Begriff Vermögenssteuern sind hier speziell alle Steuern zu verstehen, die dazu führen, dass die Kapitaleinkommen nicht rascher wachsen als die Wirtschaft. Es können dies sein: Kapital- Vermögens-Steuern (Substanzsteuern), Kapital-Vermögenszuwachs-Steuern, Kapital-Transaktions-Steuern (z.B. Tobin-Tax) und vor allem aber auch Kapital-Einkommens-Steuern.
15. Es ist inhaltlich immer richtiger, von Guthabenschnitt und Schuldenerlass zu sprechen als von Schuldenschnitt
16. Die Finanzwirtschaft muss nach dem Erlaubnisprinzip reguliert werden. D.h. dass nur mehr das gestattet ist, was explizit erlaubt ist. Alles andere ist verboten.
17. Unter dem allgemeinen übergeordneten Begriff Vermögenssteuern sind hier speziell alle Steuern zu verstehen, die dazu führen, dass die Kapitaleinkommen nicht rascher wachsen als die Wirtschaft. Es können dies sein: Kapital- Vermögens-Steuern (Substanzsteuern), Kapital-Vermögenszuwachs-Steuern, Kapital-Transaktions-Steuern (z.B. Tobin-Tax) und vor allem aber auch Kapital-Einkommens-Steuern. Im Besonderen ist dabei zu beachten, dass davon nicht nur Geldvermögen und Einkommen aus Geldvermögen betroffen sein dürfen sondern auch alle Sachvermögen und Einkommen aus Sachvermögen, denn sonst käme es zu einer unerwünschten Flucht in die Sachwerte mit nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögensverteilung und die Einkommensverteilung.
18. Die Gelder die heute direkt oder indirekt über die expansive Geldpolitik der EZB, ESM, Eurobonds, Schuldennachlässe usw. in die Südeuropäischen Länder fließen entsprechen keineswegs den Bedingungen eines Marshallplanes. Sie führen in erster Linie zu einer Förderung der Banken und damit einer Förderung der Eigentümer und Gläubiger der Banken. Sie fließen nicht einmal direkt in die Staatshaushalte, geschweige denn dass sie zu produktivitätssteigernden Investitionen führen.
19. Die heute angestrebte oder praktizierte Transferunion entspricht nicht den Prinzipien des Marshallplanes.



Hubert Sielecki, aus der Serie »Mutationen«: Schizophrenus, 1974
Fotografik | photo graphics, 71 x 88 cm



VALIE EXPORT, Kontext - Variationen: Zustandsveränderungen – Bedeutungsveränderungen, 1971
Schwarzweißfoto | black-and-white photograph, 12 x 17,7 cm

DIE 70ER JAHRE.

MUSA



Mehr als eine »Neid-Debatte«

Die Diskussion um die neue Anstellung des abgelösten SPÖ-Klubobmanns Josef Cap ist für den SJ-Vorsitzenden Wolfgang Moitzi keine Angelegenheit einer Einzelperson. Der Umgang mit dieser Angelegenheit ist für Moitzi symptomatisch für mangelnde politische Sensibilität und innerparteiliche Demokratie.

Wer als Funktionär der Sozialistischen Jugend tätig ist, kam schon bislang nicht umhin, sich mit der politischen Biographie von Josef Cap zu beschäftigen. Schließlich gehört es zum Standardrepertoire von DiskussionspartnerInnen inner- und außerhalb unserer Partei, mit der Nennung dieses Beispiels die Glaubwürdigkeit von Argumenten und Personen der Sozialistischen Jugend erschüttern zu wollen. Mit dem Lied »Pepi, was is aus dir wordn?« brachte Sigi Maron die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass Cap nach seinem fulminanten Vorzugsstimmenwahlkampf und der Wahl in den Nationalrat 1983 die Erwartungen vieler nicht erfüllen konnte. Als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend stand Cap für einen Linksruck in der Organisation: Arbeitszeitverkürzung, Einsatz in der Friedensbewegung und Protest gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf und damit gegen das Partei-Establishment, standen auf seiner Agenda.

Mit seinen berühmten drei Fragen an den damaligen burgenländischen Landeshauptmann Theodor Kery traf er einen Nerv. Die Abgehobenheit einiger sozialdemokratischer SpitzenfunktionärInnen riefen großen Unmut hervor, als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend war es nahezu seine Pflicht ebendiese zu kanalisieren. Fünf Jahre nach seiner Wahl in den Nationalrat wurde er Zentralsekretär, sieben Jahre lang verteidigte er von der Löwelstraße aus die Große Koalition und ihre Politik. Nach einem fünfjährigen Intermezzo als Leiter der Zukunftswerkstatt wurde er 2000 als rhetorisch begabter Klubvorsitzender der in die Opposition gezwungenen SPÖ reaktiviert. Nach der Wiedergewinnung des Kanzleramts im Jahr 2006 änderte sich auch Josef Caps Rolle: Vom oppositionellen Einpeitscher wandelte er sich zum Wächter über die Geschlossenheit des Parlamentsklub und damit zum verlän-

gerten Arm der Regierung Gusenbauers und anschließend Faymanns im Parlament.

KEIN PROBLEM EINER PERSON

Ich habe – bei aller Berechtigung verschiedener Kritikpunkte – nie viel von einer zu starken Personalisierung gehalten. Letztlich war die Kritik an Cap immer ein Ventil für die Kritik an Zuständen unserer Partei – sein Verhalten und die von ihm geweckte Hoffnung, es anders zu machen, machten zwar ihn persönlich zur Zielscheibe von aus Wut und Enttäuschung gespeister Polemik, rhetorisch abgewatscht wurde aber die mangelnde Vertrauenswürdigkeit der Politik selbst.

Ganz ähnliches ist auch heute, anlässlich der Gehaltsdiskussion zu beobachten: Natürlich kann es sich kaum jemand verkneifen, an die Vita des politischen »Anpassungskünstlers« zu erinnern und drängt sich ein Vergleich von Josef Caps heutigem Verhalten mit seinem Image als Kämpfer gegen das Establishment auf. Aber wieder ist Cap nur der Katalysator dafür, was viele Mitglieder und SympathisantInnen tatsächlich empört: Die Abgehobenheit politischer SpitzenfunktionärInnen, die Entfremdung von der eigenen Basis und der als Schamlosigkeit wahrgenommene Mangel an politischer Sensibilität.

KEINE NEID-DEBATTE

Dabei ist die Diskussion um die Entfremdung sozialdemokratischer FunktionärInnen und politische Privilegien keinesfalls neu: Nicht nur in den 1970er- und 1980er-Jahren war das Thema, schon 1956 sprach Fritz Klenner »Das Unbehagen in der Demokratie« und die auch einkommensmäßig wachsende Kluft zwischen »Führung und Masse« an. Klenner verteidigte zwar Einkommensunterschiede, die sich aus größerer Ver-

antwortung und hohem Arbeitseinsatz ergaben, warnte die Führung aber davor, »arrogant oder zynisch zu sein«. »Dass die Argumente eines einfachen Vertrauensmannes manchmal fadenscheinig sind, ist kein Grund, ihn im Schlusswort lächerlich zu machen; dass die gleichen Kleinigkeiten überall bis zum Überdross vorgebracht werden, darf niemand veranlassen, sie wegwerfend abzutun.«¹

In Ansätzen droht aber genau das wieder: Wie schon bei der in Salzburg diskutierten Aufwandsentschädigung für den neuen Landesparteivorsitzenden rückt die wesentliche politische Frage in den Hintergrund, wenn sie persönlich aufgeladen wird, indem man eine »Neiddebatte« unterstellt. Mit diesem Argument droht genau das von Klenner verworfene arrogante und zynische Abtun bestehender Bedenken, die die Kluft zwischen Parteiführung einerseits und Mitgliedern und WählerInnen andererseits wachsen lässt.

Tatsächlich steht ja derzeit gar nicht in Frage, ob ein politischer Spitzenfunktionär ein deutlich über dem österreichischen Durchschnitt liegendes Einkommen bezieht. Ein Nationalrat erhält derzeit € 8.306,-- monatlich brutto, was selbst unter Berücksichtigung der zu entrichtenden Parteiabgaben mehr als dem zweieinhalbfachen des Bruttomonatsverdienstes von Vollzeitbeschäftigten in Österreich im arithmetischen Mittel entspricht. Es wird auch nicht in Frage gestellt, ob ein Abgeordneter von seiner Möglichkeit Gebrauch macht, durch Ausübung eines Zivilberufs zusätzliches Einkommen zu lukrieren.

Was aber Empörung auslöst ist das Gefühl, dass PolitikerInnen – noch dazu der SPÖ – sich selbst bedienen, während die Interessen der Menschen, die sie zu vertreten hätten, auf der Strecke bleiben. Polemisch zugespitzt: Beschäftigt die Nettoersatzrate für bald 450.000 Arbeitslose die SPÖ weniger, als sicherzustellen, dass sie für einen in Ungnade gefallenen Klubobmann 100% ausmacht? Gerade in Krisenzeiten mit steigender Arbeitslosigkeit und stagnierenden Löhnen wird an sozialdemokratische Politiker ein anderer moralischer Maßstab angelegt, als an andere.

Fritz Klenner sah seinerzeit die führenden FunktionärInnen in der Verantwortung, dass sie »durch ihre fachliche Qualifikation imponieren und durch ihr persönliches Verhalten Achtung und Vertrauen gewinnen« und so einer durch Einkommensunterschiede entstehenden Kluft zwischen Basis und SpitzenfunktionärInnen entgegenwirken. An diesen Rat-

schlag sollten sich all jene erinnern, die sich öffentlich – oder auch parteiintern – über ihr als zu gering empfundenen Politikereinkommens beklagen und/oder Verständnisprobleme haben, warum solche Zusatzgagen-Debatten überhaupt entstehen. Solche Verständnisschwierigkeiten stellen eigentlich unter Beweis, dass es für die konsequente Durchsetzung sozialdemokratischer Politik möglicherweise gar nicht nachteilig wäre, solche Debatten regelmäßig zu führen, alleine um die politische Sensibilität für die Dimension von Abgeordnetenbezügen zu heben.

DEMOKRATIEDEFIZIT DER PARTEI

Nun wird gelegentlich vorgebracht, wen die SPÖ wie entlohne sei eine parteiinterne Angelegenheit. Ich teile diese Auffassung, auch wenn ich nicht glaube, dass der Hinweis auf den parteiinternen Charakter die Rechtfertigung gegenüber der Öffentlichkeit verzichtbar macht. Die Gehaltsaffäre zeigt aber wieder einmal auf, was ein Mangel an innerparteilicher Demokratie bewirkt. Ich bin überzeugt, dass man sich über die öffentliche Wirkung dieser im kleinsten Kreis getroffenen Vereinbarung mehr Gedanken gemacht hätte, wenn sie dem Bundesparteivorstand vorab zur Beschlussfassung vorgelegen wäre. Wer sich darauf beruft, SPÖ-Probleme intern zu behandeln, muss doch gleichzeitig die Mindeststandards innerparteilicher Demokratie einhalten und zumindest parteiintern für Transparenz sorgen.


Auch wenn jetzt der gesamte Frust und Ärger auf Josef Cap allein aufprallt, darf man nicht ähnlich gelagerte Fälle in der Vergangenheit vergessen. Egal ob es um wichtige inhaltliche oder personelle Entscheidungen in der SPÖ geht, viel zu oft wird nur in einem kleinen informellen Kreis entschieden und nicht in den dafür zuständigen Gremien. Und auch diesmal kam erst nach öffentlicher Kritik die Zusage, dass das Anstellungsverhältnis noch intern diskutiert und beschlossen werden muss. Solche Vorgänge unterstreichen, dass die Sozialdemokratie dringend mit Demokratie durchflutet werden muss.

PROGRAMMPROZESS ALS ERNEUERUNGSPROZESS

Die Sozialistische Jugend hat am vergangenen Bundesparteitag den Antrag für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms eingebracht, da wir der Überzeugung waren bzw. sind, dass die Sozialdemokratie grundlegend über ihre inhaltliche Ausrichtung diskutieren muss. Denn der Programmprozess bietet die Chance, die Größe und Breite der Partei darzustellen –

von den Basisstrukturen über die Gewerkschaften bis hin zu den Jugend- und Vorfeldorganisationen –, sowie ihre vorhandenen Potentiale und ihr soziales und politisches Engagement zu nutzen. Sofern es gelingt, abseits der Parteipolitik politische Engagierte mit authentischen und attraktiven Angeboten anzusprechen, vermag es die Partei, sich als attraktiver Anziehungspol für an gesellschaftlicher Veränderung Interessierte, Intellektuelle und KünstlerInnen sowie als treibende politische Kraft, die die Herausforderungen der Gegenwart benennen und entsprechende Lösungsvorschläge anbieten kann .

Wie glaubwürdig dieser Prozess sein kann, wenn man von den noch immer zehntausenden FunktionärInnen erwartet sich ehrenamtlich einzubringen und im Gegensatz der Koordinator dafür € 6000,-- bekommt, diese Frage muss sich Josef Cap selbst fragen.

Klar ist schon jetzt: Wer Verständnis für gut bezahlte PolitikerInnen verlangt, muss auch dafür Sorge tragen, dass Politik die Lebensverhältnisse zum Besseren gestaltet und nicht nur scheinbare Sachzwänge exekutieren, die einen Verzicht auf die volle Pensionsvalorisierung, spätere und niedrigere Pensionszahlungen, die Einsparung der Erhöhung der Familienbeihilfe, das Verschieben der Steuerreform und das dritte Konsolidierungspaket in vier Jahren mit sich bringen. Auch wenn klar ist, dass die in Rede stehenden Bezüge im Vergleich zum öffentlichen Budget nicht ins Gewicht fallen: Das Verständnis für Sparpakete ist – zu Recht – sicherlich nicht gewachsen. 

WOLFGANG MOITZI

ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend.



Birgit Jürgenssen, Ohne Titel, 1976

Bleistift, Farbstift, Kreide auf Papier | pencil, coloured pencil, chalk on paper, 43,8 x 62,1 cm

Drohender Fehlschlag der Finanztransaktionssteuer – Übel oder Glücksfall?

Eine Finanztransaktionssteuer steht seit Jahren ganz oben auf der Forderungsliste für eine Regulierung der Finanzmärkte. Hubertus Hofkirchner warnt jedoch für falscher Euphorie. In seinem Beitrag stellt er die aus seiner Sicht bestehenden Probleme dar und schlägt vor, die Hindernisse bei der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer für eine alternative Form der Regulierung von Finanztransaktionen zu nutzen.

Für viele Beobachter mag die Ablehnung der Finanztransaktionssteuer durch den juristischen Dienst der EU-Kommission Anfang September 2013 eine Enttäuschung darstellen. Bei einem Alleingang einzelner Staaten verletzen die impliziten Zugangsbeschränkungen und erwartbaren Verzerrungen des Wettbewerbs Grundprinzipien des EU-Vertrags. Die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung ist damit signifikant gesunken. Vielleicht ist dies aber ein Glücksfall, da große, aus sozialdemokratischer Sicht bedeutsame Steuerthemen nun vielleicht endlich mehr Aufmerksamkeit bekommen und in Angriff genommen werden können.

In der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu bedenken, dass selbst innerhalb der Arbeitsgruppe »Bankenkrise« des BSA/VGW von einzelnen Mitgliedern, unter anderem vom Autor dieses Artikels, erhebliche Zweifel an der zwar wohlgemeinten, aber in ihren praktischen Aspekten problematischen Steuer angemeldet wurden.¹

TRAUM UND WIRKLICHKEIT

Denn die »Erfinder« der Steuer dachten ursprünglich, dass die Steuer die Volatilität an den Finanzmärkten reduzieren und damit die Gefahr von Krisen reduzieren würde. Inzwischen wurde diese Theorie aber mehrfach wissenschaftlich untersucht, wobei sich herausstellte, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Die Volatilität wird bei steigenden Transaktionskosten größer.² Das derzeit sehr fragile Finanzsystem würde also durch die vorgeschlagene neue Steuer noch mehr destabilisiert.

Oft fällt auch die Forderung, man möge die Steuer »einfach ausprobieren«. Nur wenigen ist bekannt, dass dies schon

geschehen ist, mit ernüchternden Resultaten. 1985 siegten die schwedischen Sozialdemokraten mit 44,7% der Stimmen und setzten ihr Wahlversprechen einer signifikanten Finanztransaktionssteuer 1986 um.

Die Folge war, dass die Liquidität des schwedischen Finanzmarkts sukzessive wegbrach, mit negativen Wirkungen für die Staatsfinanzen und die schwedische Realwirtschaft. Da die steuerbaren Handelsvolumina extrem rasch sanken, waren auch die von den »Experten« versprochenen Steuereinnahmen in Realität um den Faktor 30 geringer. Wegen der parallel sinkenden Kapitalertragssteuern fiel das Steueraufkommen sogar insgesamt. Bei den Wahlen 1991 erhielt die schwedischen Sozialdemokraten dann nur noch 37,7% der Stimmen und ein Mitte-Rechts Bündnis kam an die Regierung. Die Finanztransaktionssteuer wurde rasch wieder abgeschafft. Heute gehören die Schweden auf EU-Ebene zu den expliziten Gegnern einer Finanztransaktionssteuer. Gebranntes Kind scheut das Feuer.

Die zwischenzeitige Debatte und wirtschaftliche Kreislaufanalyse haben auch aufgezeigt, dass in Wahrheit nicht die Banken, sondern durch die – betriebswirtschaftlich zwingende – Kostenweitergabe am Ende wieder die Unternehmen der Realwirtschaft und die Privathaushalte belastet würden. Besonders stark betroffen wäre die Altersvorsorge, sodass die Belastungen gerade die Pensionisten und die älteren Arbeitnehmer treffen würden. Vor diesem Hintergrund ist das angekündigte neue Koalitionsabkommen in Deutschland paradox: Man habe beschlossen, die Steuer »ohne Belastung von Sparern, Altersvorsorge und Realwirtschaft« einzuführen, so der Tweet eines Verhandlers, den die Medien breit aufgriffen.

Wie das gehen soll, wurde nicht getweetet. Die Diskrepanz zwischen guten Absichten und absehbaren realen Folgen mag mit ein Grund sein, warum sich einige EU-Länder strikt gegen die Einführung sperren. Denn es ist von überragender Wichtigkeit, bei Änderungen im Steuersystem die realwirtschaftlichen Reaktionen der Steuersubjekte vorausschauend zu bedenken. So waren Konstruktionsfehler im Steuersystem der USA ein wichtiger Auslöser für die Schuldenkrise 2007. Die dortigen Steuergesetze schufen gewaltige Anreize für die privaten Haushalte, sich mittels Immobilienkrediten möglichst hoch zu verschulden.³ Will man aus der Finanzkrise lernen, sollte der Einbau von neuen Fehlern im Steuersystem unbedingt vermieden werden.

DAS RECHTLICHE PROBLEM

Der geplante Alleingang einiger Länder bei Einführung der Finanztransaktionssteuer wurde nun vom juristischen Dienst der EU-Kommission als EU-vertragswidrig beurteilt.

Den teilnehmenden Ländern war nämlich bewusst, dass die besteuerten Finanztransaktionen mit moderner Technologie in kürzester Zeit auf anderen Finanzplätzen innerhalb und außerhalb der EU abgewickelt würden. Daher führte der Steuervorschlag die Fiktion ein, dass ein Unternehmen aus einem nicht-teilnehmenden EU-Land bei einer Finanztransaktion mit einem Unternehmen in einem teilnehmenden Land so besteuert wird, als wäre es in diesem ansässig.

Dies stellt aber in Wahrheit eine Art Zoll dar, eine Zugangsgebühr um Geschäfte in einem anderen EU-Land machen zu dürfen, was im Binnengebiet nach dem EU-Vertrag nicht rechtens ist. Gleichzeitig ist die vertragswidrige Regelung unverzichtbar: denn würden die teilnehmenden Länder den Passus streichen, so würden die steuerbaren Transaktionen einfach nur innerhalb der EU an einen anderen Finanzplatz abwandern, statt zumindest in ein Drittland. Eine Lösung für diese Verquickung aus Rechts- und Realproblem ist derzeit nicht absehbar.⁴

DIE GROSSE CHANCE

Ein Ad-acta-Legen des Themas Finanztransaktionssteuer wäre aber eigentlich ein Glücksfall. Denn auf Europaebene gäbe es noch andere große Steuerthemen, die Lehren aus der Finanzkrise positiv verwerten würden, aber wegen ihrer geringeren Massentauglichkeit zu langsam voranschreiten, etwa den Zinsabzug.⁴

Derzeit sind nämlich Zinsen, also die Erträge des risikohöhernden Fremdkapitals für Unternehmen steuerlich abzugsfähig – also steuerbegünstigt –, während Dividenden, also die Erträge des stabilitätsfördernden Eigenkapitals, steuerbar sind.

Durch diese Steuerregel wird eine höhere Verschuldung geradezu staatlich gefördert. Höher verschuldete Unternehmen geraten aber viel leichter in finanzielle Schwierigkeiten. Will die Politik einer weiteren Kreditklemme vorbeugen und die Stabilität unseres Wirtschaftssystems in Krisenzeiten erhöhen, so muss dieser falsche – aber in der öffentlichen Debatte selten hinterfragte – Steueranreiz dringend ausgeschaltet werden. Auch andere Anliegen der Sozialdemokratie können mit dem Thema »Zinsabzug« positiv zum Abschluss gebracht werden, etwa die Heuschreckendebatte.

Solange es den Zinsabzug gibt, können Fonds durch Infusion der größtmöglichen Menge an Fremdkapital die erwartete nachsteuerliche Rendite ihrer Beteiligungen maximieren. Ja sie müssen dies sogar tun, da der Konkurrenzdruck unter den Fonds einen Verzicht auf diese staatliche »Förderung« nicht zulässt. Nur ein Fonds der hier hart ans Limit geht, wird bei der Akquisition von Übernahmeprojekten obsiegen.

Dadurch steigt aber das Ausfallsrisiko: Ein kleiner Schluckauf der Konjunktur oder der Auftragslage, den ein Unternehmen mit genug Eigenkapital problemlos abfedern könnte, bringt es bei überhöhter Verschuldung zum Kippen. Jeder einzelne verlorene Arbeitsplatz aus derart steuerlich provozierten Unternehmenspleiten ist eine vermeidbare Katastrophe.


Einen dritten Vorteil bringt die Streichung des Zinsabzugs. Er ist ein hervorragendes Instrument für multinationale Konzerne, um Erträge steuerfrei als Zinsen aus dem Land zu schaffen. Es braucht dazu nur einen großvolumigen Kredit aus einer Steueroase. Allein aus diesem Titel könnten weit mehr Steuereinnahmen lukriert werden, als eine Finanztransaktionssteuer auf Dauer bringen kann. Denn letztere wirkt real der eigenen Steuergrundlage entgegen, dem Volumen von Finanztransaktionen. Sie sägt sprichwörtlich am Ast, auf dem sie sitzt.

Nicht zuletzt wirkt die Maßnahme auch aus makroökonomischer Perspektive gegen ein wichtiges Ungleichgewicht: gegen die zu hohe Besteuerung des Faktors Arbeit. Wird nämlich die Abzugsfähigkeit der Zinsen auf Fremdkapital gestrichen, so erhöhen sich die nachsteuerlichen Kosten des Faktors Kapital und sinken die relativen Kosten für den Faktor

Arbeit. Dadurch steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeit. Die vorgeschlagene Maßnahme führt also auch zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Klar ist, dass das Thema Zinsabzug nicht so einfach politisch ausschlagbar ist wie die Finanztransaktionssteuer, bei der pauschale Feindbilder und Vorurteile mit großem populistischem Effekt wachgerufen werden können. Es wäre in seiner tiefgreifenden Wirkung aber sehr wichtig für mehr Steuergerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität, zwei Hauptanliegen der Sozialdemokratie. Ein Umdenken und Fokus der politischen Energie könnte hier einen echten Fortschritt fördern, ein Ziel, dessen Erreichung sich auch tatsächlich lohnen würde.

DIE KERNFRAGE

Ich stelle daher mit Nachdruck die durchaus kontroverielle Frage, ob die seit 40 Jahren betriebene hartnäckige Insistenz auf eine wissenschaftlich widerlegte und ertragsmäßig unattraktive Steueridee, deren praktische Handhabung in einer globalisierten Wirtschaft bei realistischer Betrachtung immer problematisch sein wird, wirklich sinnvoll ist. Oder ob wir den politischen Fokus nicht raschest auf ein Thema rücken können, mit dem sich viele Anliegen der Sozialdemokratie dann auch wirklich verwirklichen lassen: den Systemfehler des steuerlichen Zinsabzugs. 

HUBERTUS HOFKIRCHNER

ist experimenteller Ökonom in Wien und befasst sich mit den Folgen und Lehren aus der Finanzkrise.

-
1. s. VGW Broschüre: »Reform der internationalen Finanzmarktarchitektur« (2009), Seite 33
 2. vgl. z.B. Prof. Harald Hau: »The Role of Transaction Cost for Financial Volatility« (2006)
 3. VGW: Seite 16
 4. VGW: Seite 33



Gerda Fassel, Große Liegende, 1972
Bronze | bronze, 67 x 91 x 145 cm

Wahlkampf, Vatikanbank & Unfromme



Nils Minkmar DER ZIRKUS

Der renommierte Journalist Nils Minkmar begleitet fast ein Jahr lang Peer Steinbrück durch den Wahlkampf und hat Zugang zu wichtigen Terminen und Besprechungen. So gelingt ihm die Innenansicht des politischen Systems in

Deutschland. Darüber hinaus schildert Nils Minkmar die Dynamik der Medien, der sozialen Netzwerke und die Reaktionen des Publikums – der Wählerinnen und Wähler.

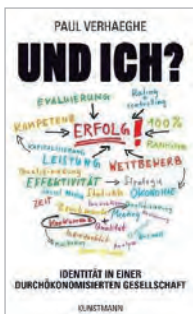
S. FISCHER, 224 Seiten, 20,60 Euro



Fidelius Schmid GOTTES SCHWARZE KASSE

Finanziert sich die Kirche mit kriminell erwirtschaftetem Geld? Geldwäsche für die Mafia, Beihilfe zur Steuerhinterziehung, verdeckte Parteienfinanzierung, Betrügereien, Millionen an Schmiergeldern und Schwarzgeld – bei all dem will man eigentlich nicht gleich an die katholische Kirche denken. Tatsächlich aber gibt es im Vatikan einen Ort, an dem all dies Alltag war und teilweise bis heute ist: die Vatikanbank.

EICHBORN, 272 Seiten, 20,60 Euro



Paul Verhaeghe UND ICH?

Die neoliberale Ideologie prägt unsere Selbstwahrnehmung, unsere Beziehung zu unserem Körper, unseren Partnern und Kindern – in anderen Worten, unsere Identität. In seiner Anklage zeigt der Psychoanalytiker Paul Verhaeghe, welche Auswirkungen das Selbstverständnis einer

Gesellschaft, die jeden Lebensbereich unter das Diktat der Ökonomie stellt, auf die Psyche der Menschen hat.

ANTJE KUNSTMANN, 252 Seiten, 20,60 Euro



Kurt Flasch WARUM ICH KEIN CHRIST BIN

Das Buch ist keine Autobiographie und keine Kampfschrift. Es bemüht sich um historische Gerechtigkeit, benennt die christlichen Überzeugungen mit geschichtlichem Verständnis, prüft aus den Quellen heraus die katholischen und evangelischen Varianten der christlichen Lehren und begründet, warum der Autor von ihnen keinen weiteren Gebrauch machen wird.

C. H. BECK, 280 Seiten, 25,60 Euro



Georg von Wallitz MR. SMITH UND DAS PARADIES

Der Autor unternimmt den Versuch, zu erklären, was wir für unerträglich kompliziert halten: Wie der Kapitalismus entstand; wer ihn sich ausgedacht hat; wofür er gut ist und wofür er nichts taugt; wie man ein Land ruiniert oder es vermeiden kann; wie man der Armut entgeht; warum man Steuern zahlen soll; Gerechtigkeit und Verteilung; und: spielt Geld überhaupt eine Rolle?

BERENBERG, 200 Seiten, 22,70 Euro



Martin Meyer ALBERT CAMUS

Als Albert Camus 1913 in der Nähe von Algier zur Welt kam, deutete nichts darauf hin, dass er eines Tages von Frankreich aus das Lebensgefühl einer ganzen Generation prägen sollte. Seine Romane und Dramen, seine Essays zur Philosophie und zur Politik handeln von den großen Fragen der menschlichen Existenz. Für Martin Meyer ist Camus einer der wichtigsten Autoren des 20. Jahrhunderts.

CARL HANSER, 372 Seiten, 18,99 Euro

Fallen, Diktaturen & Abenteuer



Ian McEwan
HONIG

Serena Frome ist schön, klug und schließt gerade ihr Mathematik-Studium in Cambridge ab – eine ideale Rekrutin für den MI5, den britischen Inlandsgeheimdienst. Man schreibt das Jahr 1972. Der Kalte Krieg ist noch nicht vorbei, und auch die Sphäre der Kultur ist ein umkämpftes Schlachtfeld: Der MI5 will Schriftsteller und Intellektuelle fördern, deren politische Haltung der Staatsmacht genehm ist.

DIOGENES, 464 Seiten, 23,60 Euro



Inés Garland
WIE EIN UNSICHTBARES BAND

Alma verbringt mit ihren Eltern jedes Wochenende auf einer Insel im Flussdelta in der Nähe von Buenos Aires. Die Nachbarkinder Carmen und Marito werden zu ihren Spielgefährten und Freunden. Auf der Insel ist die Welt in Ordnung, soziale Unterschiede scheinen keine Rolle zu spielen – eine Kindheits- und Liebesgeschichte vor dem Hintergrund der aufkommenden Militärdiktatur in Argentinien.

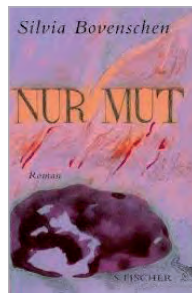
S. FISCHER, 256 Seiten, 15,50 Euro



Matthias Politycki
SAMARKAND SAMARKAND

Die Welt ist aus den Fugen geraten, und wo einst die Seidenstraße entlang führte, ist 2026 das Epizentrum der Erschütterung. Alexander Kaufner, Gebirgsjäger und Grenzgänger, reist in das sagenumwobene Samarkand und begibt sich auf die Suche nach einer geheimnisvollen Kultstätte. Doch können Sieg oder Niederlage, Krieg oder Frieden tatsächlich von einem Haufen heiliger Knochen abhängen?

HOFFMANN UND CAMPE, 400 Seiten, 23,60 Euro



Silvia Bovenschen
NUR MUT

Eine weiße Villa. Vier alte Frauen erwarten Herrenbesuch. Im Laufe des Nachmittags geschehen zahlreiche Merkwürdigkeiten, auch die Damen werden von Stunde zu Stunde witziger, irrwitziger und bössartiger. Sie nehmen kein Blatt mehr vor den Mund. Sie kennen kein Gesetz mehr. Alles endet in einem furiosen Zerstörungsballett. Und dann erscheinen noch überraschend seltsame späte Gäste.

S. FISCHER, 160 Seiten, 17,50 Euro



Jo Lendle
WAS WIR LIEBE NENNEN

Lambert ist Zauberer, aber er ist es nicht gern. Trotzdem akzeptiert er freundlich alles, was das Schicksal sich so für ihn ausdenkt – bis er bei einem Auftritt in Kanada Fe kennenlernt, die ausgestorbene Tierarten erforscht. Die beiden verbringen ein paar Stunden miteinander, und schon geht sie ihm nicht mehr aus dem Kopf.

DVA, 256 Seiten, 20,60 Euro



Brigitte Kronauer
GEWÄSCH UND GEWIMMEL

Im Wartezimmer der mitfühlenden Krankentherapeutin Elsa hinterlassen alle ihre unsichtbaren Spuren. So auch Elsas Lieblingspatientin Luise Wäns, die verliebt ist in Hans Scheffer, den Leiter eines Renaturierungsprojekts. Sie wünscht sich sehnlichst, mit ihm noch einmal in die Kindheit abzutauchen, ein kleines Arkadien zu schaffen gegen eine angeblich erwachsene Welt.

KLETT COTTA, Seiten, 26,95 Euro

Der deutsche Exportüberschuss – Problem für die Eurozone

Die Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre waren beachtlich, nicht nur in den Krisenländern, sondern auch in manchen Kernwährungsländern der Eurozone. Zwischen 2011 und 2013 wurde das strukturelle Primärdefizit (Defizit ohne Zinszahlungen) in Griechenland um beinahe 9 %, in Portugal um beinahe 7 %, in Irland und Spanien um die 4 % des Bruttoinlandsprodukts reduziert; in Deutschland waren es immerhin 2,6 %.

Jan In't Veld, Ökonom der EU-Kommission, schätzt in einem im Oktober publizierten Forschungspapier, dass die Budgetkonsolidierung allein zwischen 2011 und 2013 in diesen drei Jahren in Summe Produktionsverluste in einer Größenordnung von 18 % des Bruttoinlandsprodukts in Griechenland, von 9,7 % in Spanien, 9,1 % in Frankreich, 8,4 % in Irland und von 8,1 % des BIP in Deutschland zur Folge hatte. Diese geschätzten, doch drastischen Produktionsverluste erklären sich daraus, dass in dieser Studie auch Übertragungswirkungen von Fiskalkonsolidierung, z.B. in Deutschland, auf andere Länder der Währungsunion berücksichtigt werden. Diese Wirkungen wurden bei den Prognosen über die Effekte der Budgetkonsolidierung auf das Wachstum bislang vernachlässigt.

Dies war mit ein Grund, warum Wachstumsprognosen laufend nach unten revidiert werden mussten. Um ein Beispiel zu nennen: Der budgetäre Sparkurs Deutschlands schränkt die Binnennachfrage ein und es wird weniger aus den Krisenstaaten importiert. Damit verringern sich aber die ohnehin schwachen Exporte der Krisenstaaten nach Deutschland und der Einbruch, der in den Krisenstaaten vor allem durch den Austeritätskurs beschleunigt wurde, wird noch verstärkt. Konsolidieren alle Länder gleichzeitig, hat dies weitaus

stärker negative Wirkungen auf das Wachstum, als ein Alleingang einiger Länder. Aus diesem Grund hatte der IWF schon früh gefordert, dass jene Länder mit vergleichsweise solidem Staatshaushalt weniger stark konsolidieren.

Die Krisenländer haben ihre Leistungsbilanzdefizite in den letzten Jahren erheblich abgebaut. Ökonomen sprechen gerne von einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; allerdings ist dies vor allem durch den Rückgang der Importe zu erklären. Der wesentliche Grund dafür war der durch den Austeritätskurs (aller Länder) bedingte Einbruch der Binnennachfrage und der Anstieg der Arbeitslosenquoten auf Niveaus, die wir aus den 1930er-Jahren kennen. Jene Krisenländer, die ihre Ausfuhren auch erhöhen konnten, haben – trotz starken Wechselkurses des Euro – vorwiegend in Länder außerhalb der Eurozone exportiert, da die Nachfrage in den Kernwährungsländern zu niedrig war.

Deutschland hingegen hat seine Position als Land mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen weiter ausgebaut – unterstützt durch Lohndumping und fiskalpolitische Maßnahmen, die die Binnennachfrage eingeschränkt haben. Der Überschuss in der Leistungsbilanz beläuft sich auf nunmehr ca. 7 % des Bruttoinlandsprodukts. Dies erschwert letztlich die Anpassung der Krisenländer der Eurozone und fördert deflationäre Tendenzen, vorwiegend im Euroraum, aber auch in der Weltwirtschaft. Eine wirtschaftspolitische Neuorientierung der Kernwährungsländer ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sich die Krisenländer des Euroraums nachhaltig wirtschaftlich erholen können..



IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.

Eigeninserat von U_4
(letzte Nummer)

Cillit CEE Watertechnology GmbH

Innovative Lösungen für Ihren Erfolg



- Trinkwasseraufbereitung
- Heizungs- & Kesselwasseraufbereitung
- Kühl- und Klimawasseraufbereitung
- Pool- & Zierbrunnentechnik
- Umwelt- & Abwassertechnik
- Planung, Analysen und Service
- Chemikalien-, Wartungs- und Ersatzteilmanagement

A-1210 Wien
Siemensstraße 160
Tel.: +43/1/907 33 88-0
Fax: +43/1/907 33 88-20

A-4050 Traun
Fabrikstraße 9
Tel.: +43/72 29/90 620
Fax: +43/72 29/90 620-20

office@cillit-aqua.com
www.cillit-aqua.com

